

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

bei der Partei DIE LINKE

Nummer 2/16. Jhg.

Mitteilungsblatt

April 2010

Zu diesem Heft:

In diesem Heft werden vor allem auf der Konferenz "1945: Befreiung vom Faschismus. Chancen und Realitäten" am 6. März 2010 gehaltene Vorträge von Hans Watzek und Wolfgang Beutin sowie Beiträge von Werner Ruch und Helmut Müller dokumentiert. Anknüpfend an eine Reihe von Konferenzen des Arbeitskreises seit 1992 bekräftigte diese Konferenz die Erkenntnis, dass die Umbrüche von 1945 ein Akt der *Befreiung* waren, der Befreiung der Völker Europas einschließlich des deutschen Volkes vom Faschismus, vom Joch der deutschen imperialistischen Bourgeoisie, ihres Staates, ihres Militärapparates. Sie unterstrich die *ausschlaggebende* Rolle der Sowjetunion beim Sieg über den Faschismus - das Deutsche Reich und seine Wehrmacht -, wobei sie sich auf die Ergebnisse des Kolloquiums "1939: War der Krieg unvermeidlich?" am 12. September 2009 (*Geschichtskorrespondenz*, Oktober 2009) beziehen konnte.

Vorträge und Diskussion bewegten sich vor allem um drei Kernfragen der Entwicklung des deutschen Imperialismus und Faschismus. *Zum ersten* beleuchteten sie die gesellschaftlichen Ursachen und Voraussetzungen des deutschen Faschismus und seiner Aggression - die Profit-, Expansions- und Revancheinteressen des deutschen Großkapitals, Junkertums und Militarismus - und das, was zu tun war, um ihn zu überwinden und seine Wurzeln zu beseitigen; letzteres vor allem im Vortrag von Hans Watzek über die Bodenreform 1945. *Zum zweiten* ging es um die ideologische Rechtfertigung und Beförderung imperialistischer Gesellschaftsstruktur und Politik. Der komplizierten und langwierigen Auseinandersetzung mit imperialistischer Ideologie, faschistischem und faschistoidem Ungeist waren sowohl die profunde kritische Analyse der literarischen Produktion der Schriftstellerin Herta Müller durch Wolfgang Beutin als auch die Beiträge von Werner Ruch und Helmut Müller gewidmet. *Zum dritten* verdeutlichte die Konferenz die Kontinuität der deutschen bürgerlichen Reaktion vor und nach 1945 und die davon ausgehenden Gefahren. Dies veranschaulichte insbesondere der Mitautor des 1965 veröffentlichten "Braunbuchs" (Reprintausgabe 2002, mit Nachauflage 2010), Norbert Podewin, mit einem materialreichen Systemvergleich über NS-Täter in der SBZ/DDR und den Westzonen/BRD.

Des weiteren bringen wir in diesem Heft den Vortrag von Ernstgert Kalbe "Europäische Integration und osteuropäische Desintegration in der Konsequenz des politischen Systemumbruchs von 1989" auf der Konferenz am 31. 10. 2009 (vgl. *Geschichtskorrespondenz*, Januar 2010).

Ferner enthält dieses Heft die Vorankündigung der Konferenz "Bündnispolitik in der DDR. Erfolge und Defizite" am 4. September 2010 in Berlin (S. 35) sowie die Einladung zur Konferenz "1935: Zäsur in der Geschichte der kommunistischen Bewegung" am 26. Juni 2010 in Berlin (S. 36).

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Heinz Karl Zur Eröffnung der Konferenz "1945: Befreiung vom Faschismus. Chancen und Realitäten"	S. 3
Dr. Hans Watzek Die demokratische Bodenreform 1945	S. 4
Dr. Wolfgang Beutin Das Erbe des deutschen Faschismus und eine Literatur-Nobelpreisträgerin	S. 10
Werner Ruch Franz Mehring - ein Helfer bei der antifaschistisch-demokratischen Umerziehung nach 1945	S. 21
Helmut Müller Zur geistigen Entnazifizierung der Jugend (Jugend und Jugendpolitik 1945 bis 1947)	S. 24
Prof. Dr. Ernstgert Kalbe Europäische Integration und osteuropäische Desintegration in der Konsequenz des politischen Systemumbruchs von 1989	S. 28
Vorankündigung der Konferenz "Bündnispolitik in der DDR. Erfolge und Defizite" am 4. September 2010 in Berlin	S. 35
Einladung zur Konferenz "1935: Zäsur in der Geschichte der kommunistischen Bewegung" am 26. Juni 2010 in Berlin	S. 36

Impressum: Die GeschichtsKorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail.
E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de
Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit.
Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion.
Die GeschichtsKorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Juli 2010.

Prof. Dr. Heinz Karl

Zur Eröffnung der Konferenz "1945: Befreiung vom Faschismus. Chancen und Realitäten"

Diese Konferenz ist dem 65. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus gewidmet. Sie hat eine Reihe von Vorläufern, an deren *Thematik*¹ allein schon das Wesen der Sache abzulesen ist, um die es ging und geht. Alle dort geführten Debatten bekräftigten immer zwei grundlegende, zentrale Erkenntnisse:

1. Die Umbrüche von 1945 waren ein Akt der *Befreiung*. Sie waren ein Teil des Sieges über die größte Bedrohung der Weltzivilisation im vergangenen Jahrhundert, die Aggression des faschistischen Deutschen Reiches und seiner Wehrmacht, eines Sieges, zu dem der junge Sozialismus den entscheidenden Beitrag leistete, eines Sieges, der Einfluss und Wirkungsbereich des Sozialismus enorm ausweitete, einen neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung und anderer demokratischer Bewegungen in den kapitalistischen Ländern und den Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems bewirkte, eines Sieges, der Europa die längste Friedensperiode seit sechs Jahrhunderten schenkte.

2. Der Sieg über den deutschen Faschismus setzte drei grundlegende Aufgaben auf die Tagesordnung: *erstens* einen radikalen politischen und sozialen Elitenwechsel als Konsequenz der faschistischen deutschen Aggression und ihrer gesellschaftlichen Ursachen und Voraussetzungen; *zweitens* tiefgreifende Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen, um die bisher herrschenden gesellschaftlichen Kräfte zu entmachten und zu isolieren; *drittens* eine radikale geistige Erneuerung im Sinne des Antifaschismus und Humanismus. Dabei lag der innere Zusammenhang der drei Aufgaben auf der Hand. Die drei Vorträge unserer heutigen Konferenz werden auf wichtige Aspekte dieser Aufgaben einschließlich ihrer Langzeitwirkung eingehen.

Die höchst unzulängliche bis völlig fehlende Lösung dieser Aufgaben im größten - westlichen - Teil Deutschlands hat im Verein mit dem Sieg des Imperialismus über den europäischen Sozialismus im Kalten Krieg wesentlich zur Liquidierung der Ergebnisse des Sieges über den Faschismus im Zweiten Weltkrieg *in Europa* und zur heutigen Situation und ihren Problemen beigetragen.

Im Ergebnis dieser regressiven Entwicklung sind wir zunehmend mit Kriegen konfrontiert. Der sich seit 1989/90 explosionsartig verschärfende Kampf um endliche materielle Ressourcen hat *zunächst* zu sich mehrenden neokolonialen Interventionskriegen geführt. Die Hauptgefahr dürfte momentan eine Aggression der USA und Israels gegen den Iran (mit der BRD und anderen EU-Staaten als Komplizen) darstellen. Die skandalöse Instrumentalisierung der Gedenksitzung des Bundestages am 27. Januar durch Einladung und Auftritt von Shimon Peres und die heute gemeldete bewusst provozierende Rechtfertigung der Irak-Aggression durch Premierminister Gordon Brown zeigen, wie weit die psychologische Vorbereitung dieses Krieges bereits gediehen ist. Aber auch unabhängig davon kann der Kampf um die Ressourcen schon in absehbarer Zukunft zu großen Auseinandersetzungen zwischen *Mächtegruppen* führen. Unverkennbar als internationale Tendenz - aber voll und in besonderem Maße auf die BRD durchschlagend - sind nicht nur eine massive Aufrüstung (zum Teil als Umrüstung zwecks erhöhter Aggressionsfähigkeit), sondern auch die Schaffung der *inneren* Voraussetzungen für eine gesteigerte Aggressivität nach außen.

Auch in diesem Zusammenhang ist die hochgepeitschte Welle antikommunistischer Reaktion in vielen europäischen Ländern zu sehen - verbunden mit sich mehrenden und ausbreitenden neofaschistischen, klerikalfaschistischen, rassenfaschistischen, chauvinistischen und ähnlichen Phänomenen. In der Regel basieren sie auf dem Bedürfnis der herrschenden Klasse, von den Folgen der kapitalistischen Entwicklung - und besonders der kapitalistischen Restauration in den früher realsozialistischen Ländern - abzulenken bzw. aus daraus erwachsenden politischen Krisensituationen einen systemkonformen, d. h. bürgerlich-reaktionären Ausweg zu finden.

Die BRD befindet sich angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der tiefsten Legitimationskrise seit ihrer Gründung. Zugleich braucht sie - in Anbetracht ihrer zunehmenden Expansionsorientierung mit der entsprechenden militärischen Komponente - gerade jetzt (ähnlich dem deutschen Imperialismus 1914) ein regimefrommes, zum Mitmachen bereit hinterland. Sprach man damals von "Burgfrieden", so heißt es heute "antitotalitärer Konsens" und "deutsche Staatsräson". Im Zusammenhang damit wachsen die Bedeutung *und die Wirkung* von Ideologie und vor allem von Massen*manipulation* durch die Medien rapide. *Ein* Beispiel

dafür sind die fortgesetzten - und dank ihrer passiven, regimiekonformistischen Aufnahme auch immer wieder wirksamen - Anti-MfS-Kampagnen.

Dieser Zustand der BRD in seiner Einheit von Expansionismus und Aggressivität nach außen, deren informationspolitischer, (geheim-) polizeilicher und militärischer Absicherung im Innern, der rücksichtslosen Krisenbewältigung auf Kosten der Massen, der massiven Manipulation der Bevölkerung durch Verbreitung reaktionärer Ideologien von der Umkehrung der Täter/Opfer-Problematik im zweiten Weltkrieg und der Anti-DDR-Hetze bis zum Königin-Luise-Kult manifestiert die in den Westzonen und der frühen BRD nach 1945 zugelassenen grundlegenden Versäumnisse und deren verhängnisvolle Auswirkungen.

Anmerkung

1 Zum deutschen Neuanfang 1945 - 1949. (1992) Mit dieser Konferenz begann unser Arbeitskreis - keineswegs zufällig - seine Tätigkeit. - Arbeiterbewegung und Antifaschismus. (1955) - 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Wider den Geschichtsrevisionismus. (1995) - Wider die Verfälschung deutscher Geschichte. Zum antifaschistischen Widerstand in Deutschland und zur Gründung der BRD und der DDR. (1999) - 1945: Befreiung vom Faschismus - weltgeschichtliche Entscheidung und Zäsur. (2005)

Dr. Hans Watzek

Die demokratische Bodenreform 1945

Im "Spiegel" vom 2. 11. 2009 wird im Zusammenhang mit der Bewertung von Aussagen im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung ein Beitrag mit "Rückkehr der Junker" betitelt. Im Untertitel wird festgestellt: "Jetzt leitet die neue Koalition einen Kurswechsel zugunsten enteigneter Großgrundbesitzer ein."¹ Es wird dazu auf zwei Passagen im Koalitionsvertrag Bezug genommen. Im Abschnitt "Verwertung ehemaliger Treuhandflächen" heißt es: "Die gegenwärtige Verkaufspraxis der BVVG (Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt zur Privatisierung des ehemals volkseigenen land- und forstwirtschaftlich genutzten Bodens) wird überprüft. Wir setzen Verbesserungen beim Flächenerwerbsgesetz im Sinne der Alteigentümer durch." Und im Abschnitt "Enteignungen in der SBZ (1945 - 1949)" wird formuliert: "Eine Arbeitsgruppe soll prüfen, ob es noch Möglichkeiten gibt, Grundstücke, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, den Betroffenen (den Enteigneten) zum bevorzugten Erwerb anzubieten."

Mit diesen Festlegungen im Koalitionsvertrag werden die seit 20 Jahren geführten Auseinandersetzungen und politischen Kampagnen zur politischen, rechtlichen und sozialökonomischen Bewertung der demokratischen Bodenreform 1945 und das Eigentum am land- und forstwirtschaftlich genutzten Boden in Ostdeutschland fortgesetzt. Ausgehend davon, dass sowohl das Bundesverfassungsgericht als auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die durch die Modrow-Regierung initiierte und in den 2+4-Verhandlungen bestätigte Unantastbarkeit der Ergebnisse der Bodenreform nicht in Frage gestellt haben, versuchen liberal-konservative Kräfte dieses Landes immer wieder, Korrekturen an diesen Entscheidungen zu erreichen. Unterstützt durch Lobbyvereine der ehemaligen Großgrundbesitzer und ihre Erben. Bei diesen Aktivitäten hat sich vor allem die FDP hervorgetan. Ein treibender Akteur ist dabei Edzard Schmidt-Jorzig, der als Justizminister der Kohlregierung schon in den neunziger Jahren ein ständiger Verfechter der Revision der Ergebnisse der Bodenreform war und familiär mit der Causa bestens vertraut ist. Seine Frau entstammt der Adelsippe derer von Arnim, deren Land sowie Schlösser und Herrenhäuser durch die Bodenreform enteignet wurden.

Mit den im Koalitionsvertrag formulierten ökonomischen Forderungen für die Enteigneten nehmen auch die politischen Angriffe und die Auseinandersetzungen zur politischen Bewertung der Bodenreform wieder zu. Auf der Homepage der "Allianz für den Rechtsstaat", einer Lobbyistenorganisation der ehemaligen Großgrundbesitzer und ihrer Erben, wird frohlockt, dass damit ein weiterer Schritt zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts und politischer Verfolgungen gegangen wurde. Damit wird deutlich: Bei der politischen und sozialökonomischen Wertung der demokratischen Bodenreform scheiden sich die Geister. War die Bodenreform eine zwangsläufig erforderliche politische, historische und soziale Maßnahme als unbedingte Schlussfolgerung aus der verhängnisvollen deutschen Geschichte oder "war es nur die Entscheidung der SMAD und der KPD, um die Landwirtschaft in der SBZ nach dem Sowjetmodell zu formen", wie es Adolf Weber in einer

Expertise für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" formulierte.² Solche Bewertungen (A. Weber) sind Bestandteil der Versuche der Neu- und Umbewertung der deutschen Geschichte. Die Bodenreform wird aus dem historischen Kontext gelöst und ihr wird nur noch taktische Bedeutung beigemessen.

Historisch betrachtet, war die Bodenreform ein Nachholen von Forderungen und Ergebnissen bürgerlicher Revolutionen. Es ging nicht um die Abschaffung der Institution Privateigentum an Grund und Boden, sondern um eine sozial gerechtere Umverteilung. In Deutschland, vorrangig im ostelbischen Gebiet, vollzog sich, im Unterschied zu anderen europäischen Ländern, ein langer, für die Bauern verlustreicher und schmerzvoller Weg zu kapitalistischen Verhältnissen in der Landwirtschaft. Er war gekennzeichnet durch einen langwierigen Abbau feudaler Verhältnisse, massenhaftes Bauernlegen und wachsende Proletarisierung der Bauern. Er führte zu kapitalistischem Großgrundbesitz mit vielen feudalen Rudimenten und Bedingungen. Diese von Karl Marx als ostelbisch charakterisierte Entwicklung zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen in der Landwirtschaft war besonders im Osten Deutschlands und damit in der sowjetischen Besatzungszone ausgeprägt. Der Anteil der Nutzfläche, der in Betrieben von über 100 Hektar Betriebsfläche bewirtschaftet wurde, lag in Mecklenburg bei 48,3 %, in Brandenburg bei 29,6 % und in Sachsen-Anhalt bei 26,9 %. In der SBZ insgesamt betrug der Anteil 28,3 %. In den westlichen Besatzungszonen lag dieser Anteil bei 2,7 % bis 6,9 %, mit steigender Tendenz von Süd nach Nord. Auch ein Einfluss der napoleonischen Kriege. Im Zuge der so genannten "Bauernbefreiung" nach Gutsherrenart konnten die Mecklenburger Gutsbesitzer ihre wirtschaftlichen Machtpositionen noch festigen und weiter ausbauen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden im ritterschaftlichen Mecklenburg-Schwerin fast 88 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche von gutsherrlichen Großbetrieben bewirtschaftet. Den Bauern verblieb der vergleichsweise kärgliche Rest: Großbauern bewirtschafteten knapp 8 %, Klein- und Mittelbauern weniger als 3 % der Nutzfläche.³

Die Bodenreform bedeutete vor allem auch die politische und ökonomische Entmachtung der Kaste der Großgrundbesitzer und Nachkommen des Feudaladels. Die Angehörigen dieser Kaste waren Repräsentanten und Vollstrecker einer konservativen, militaristischen, reaktionären Politik in Deutschland. Sie gehörten zu den Führungseliten des preußisch-wilhelminischen Deutschlands, besonders des kaiserlichen Heeres. Sie waren Feinde der Weimarer Republik und trugen zu ihrer Destabilisierung bei. Erinnerung sei an den Kapp-Putsch, an die Bildung der Harzburger Front und die Schwarze Reichswehr. Die Mehrheit dieser Kaste hat die Machtübergabe an Hitler mit vorbereitet und mitgetragen, an der Spitze Hindenburg als Reichspräsident, und trug besondere Verantwortung für die militaristisch-expansive, verbrecherische Politik des faschistischen Deutschlands. Jeder zweite General und ein großer Teil des Offizierskorps der Reichswehr, die die Ausgangsbasis für die faschistische Wehrmacht war, kamen aus dem Adel und Großgrundbesitzerfamilien. Es gab auch Vertreter dieser Kaste, die aus ethischen und religiösen Motiven Vorbehalte gegenüber der faschistischen Politik hatten. Die Mehrheit waren aber Stützen für Hitler und seine Politik, indem sie auch hohe Funktionen in der NSDAP, der SA und SS sowie im Staatsdienst innehatten. Dazu gibt es spezifische Untersuchungen des Agrarhistorikers S. Kuntsche.⁴ Als Beispiel Fürst Malte von Putbus, dessen Erben bekanntlich auf Rückgabe seiner Besitzungen geklagt hatten: Mit 18 850 Hektar Land und mehreren Schlössern auf der Insel Rügen der am reichsten begüterte Großgrundbesitzer. Eintritt in die NSDAP Ende der 20er Jahre. Aufbau eines SA-Reitersturmes. Freund des NS-Reichsbauernführers Darré. 1935 Abtretung der Schmalen Heide bei Prora an den Hitlerstaat zur Errichtung des KdF-Bades. Während des zweiten Weltkrieges Stabsoffizier. 1942 Ausscheiden aus der Wehrmacht, nachdem die Naziführung den Plan fallengelassen hatte, ihn als König von Kroatien zu inthronisieren. Danach hatte er Kontakte zu oppositionellen Militärs, wurde 1944 verhaftet und verstarb im Februar 1945 im KZ Sachsenhausen. Darin zeigt sich auch die Ambivalenz und Borniertheit von Vertretern dieser Kaste. Sie stützten das Naziregime, da es ihre Interessen vertrat und ihre Privilegien sicherte. In Hitler sahen sie aber auch den Emporkömmling, den Gefreiten des ersten Weltkrieges. Und sie entwickelten Widerstand, wenn es gegen ihre Interessen lief.

Zur historischen Einordnung und Bewertung der demokratischen Bodenreform gehört: 1. Sie war die erste umfassende Reform nach dem Sieg der Antihitlerkoalition über den Faschismus.

2. Sie gehört zu den wenigen Reformen, politischen und sozialökonomischen Umwälzungen nach dem Sieg, bei denen es noch Konsens und Übereinstimmung aller Siegermächte gab.

Die Durchführung einer Bodenreform als eine Schlussfolgerung aus Faschismus und Krieg, das war nicht nur die Auffassung der Sowjetunion und der Kommunisten, sondern der Alliierten und der

antifaschistisch-demokratischen Kräfte in Deutschland. Ihre Legitimierung ergibt sich aus den im Potsdamer Abkommen formulierten so genannten vier großen D: Demilitarisierung, Denazifizierung, Dekartellisierung, Demokratisierung, die bereits auf der Konferenz in Jalta fixiert und im Potsdamer Abkommen festgelegt wurden. Eine Bodenreform gehörte zum gemeinsamen Besatzungskonzept der Siegermächte mit dem Ziel der Beseitigung des Großgrundbesitzes als eines Trägers des deutschen Militarismus und seiner Aggressionspolitik und zur Demokratisierung der agraren Besitzstrukturen. Das ergab sich auch aus Programmen und Konzeptionen der USA und Großbritanniens zur Entwicklung in Deutschland nach dem Sieg über den Faschismus, wie zum Beispiel das Memorandum des Komitees der Vereinigten Staaten Nordamerikas für Nachkriegsprogramme und die Deutschlandplanung des britischen Außenministeriums. In den Programmen wird die Zerschlagung der Herrschaftspositionen der Eigentümer der Junkergüter und Maßnahmen zur Zerschlagung der großen Landgüter in Deutschland gefordert. Diese gemeinsame Auffassung fand auch ihren Niederschlag im Beschlussprotokoll der Moskauer Konferenz des Rates der Außenminister der Siegermächte des zweiten Weltkrieges vom 12. April 1947; dort heißt es: "Bis Ende 1947 ist in Deutschland eine Bodenreform durchzuführen."

Die Besatzungsmächte der westlichen Besatzungszonen sahen sich deshalb veranlasst, noch 1947 entsprechende Verordnungen zu erlassen mit Aufträgen an die Landesregierungen. Allerdings mit der Verschiebung der Akzente von der politischen Programmatik auf eine mehr wirtschaftlich und sozialpolitisch orientierte Reformpolitik. Diese Vorgaben boten aber Politikern und Lobbyisten der Großgrundbesitzer einen Spielraum, um Umverteilungsmaßnahmen zu verhindern oder soweit hinauszuzögern, bis die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein allmähliches Versiegen notwendiger Entscheidungen zuließen. Das war auch ein Ergebnis des sich entwickelnden kalten Krieges. Ein Argument für diese Politik war auch, dass in den westlichen Besatzungszonen der Großgrundbesitz keine solche Rolle spielte wie im Osten. Der im ersten Entwurf der Verfassung des Landes Hessen enthaltene Passus, eine Enteignung des Großgrundbesitzes durchzuführen, wobei auch eine entschädigungslose Enteignung vorgesehen war, fiel dann auch im Text der Beschlussvorlage für das Landesparlament dem Rotstift zum Opfer. Die durch die Bodenreformgesetze bei der Landbevölkerung geweckten Hoffnungen wurden enttäuscht. Bis 1954 wurden etwa 150 000 Hektar durch Bodenreformmaßnahmen umverteilt. Damit mussten die durch die westlichen Besatzungsmächte eingeleiteten Maßnahmen für eine Bodenreform als gescheitert betrachtet werden.⁵

Die Grundsätze zur Durchführung einer Bodenreform wurden in Abstimmung mit der KPdSU durch Mitglieder der KPD, die in die Sowjetunion emigriert waren, erarbeitet. Einen entscheidenden Anteil daran hatte Edwin Hoernle. Im Oktober 1920 berief ihn die KPD-Zentrale zum Leiter der Abteilung Land. Von 1924 bis 1933 gehörte Edwin Hoernle dem Deutschen Reichstag an. In jener Zeit entwickelte er sich zum führenden Agrarpolitiker der KPD, der auch außerhalb seiner Partei respektiert und geachtet wurde. Im März 1930 organisierte er zum Beispiel einen Europäischen Kongress werktätiger Bauern in Berlin. Vier Jahre zuvor hatte er ein agrarpolitisches Aktionsprogramm der Partei unter dem Titel "Das Gesicht dem Dorfe zu" entwickelt. Nach seiner Emigration in die Sowjetunion wurde er 1933 zum Abteilungsleiter der Abteilung Mitteleuropa am Internationalen Agrarinstitut in Moskau berufen.

Anfang 1944 war durch eine Gruppe des Nationalkomitees Freies Deutschland in Moskau ein Aktionsprogramm der KPD zur Umgestaltung Deutschlands für die Zeit nach dem Sturz der faschistischen Hitlerdiktatur erarbeitet worden. Im August 1944 erläuterte der Agrarexperte Edwin Hoernle vor der von Wilhelm Pieck geleiteten Arbeitskommission seine programmatischen Vorschläge zur Lösung der so genannten "Bauernfrage" im Nachkriegsdeutschland. Als Programmpunkte, die sinngemäß später auch Eingang in den Agrarteil des Aktionsprogramms der KPD fanden, arbeitet Hoernle damals unter anderem folgendes heraus:

- Durchführung einer wirklich demokratischen Bodenreform zur Behebung der Bodennot der landarmen Bauern.
- Enteignung des Großgrundbesitzes.
- Bilden bäuerlicher Bodenkomitees und Schaffung eines Bodenfonds.
- Förderung aller Formen gemeinsamer Bodennutzung.

Bereits am 11. Juni 1945 verbreitet das ZK der KPD einen an alle progressiven Kräfte in der SBZ gerichteten Aufruf zur Umwälzung und Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens und warb um Unterstützung beim Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Als vordringliche Aufgabe bei der Zerschlagung der faschistischen Kommando- und der politischen und wirt-

schaftlichen Organisationsstrukturen forderte zunächst nur die KPD, später mitgetragen und unterstützt durch die wieder zugelassenen Parteien SPD, CDU und LDPD, die Enteignung von Großagrariern, von Aktivisten des Dritten Reiches, von Kriegsverbrechern sowie von Monopolisten. Wörtlich hieß es dazu im Aufruf: "Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste vollkommen zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten."⁶

Am 22. August 1945 verabschiedete das Sekretariat des Zentralkomitees der KPD eine Direktive über die Durchführung einer Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone bis Ende 1945. Hauptpunkte waren: Entschädigungslose Enteignung des privaten Großgrundbesitzes über 100 Hektar und der Höfe von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern unabhängig von der Besitzgröße; Bildung eines staatlichen Bodenfonds aus den enteigneten Betrieben und den staatlichen Domänen; Aufteilung des größten Teils des Bodenfonds als Privateigentum, wobei die neuen Bauernstellen bei guten und mittleren Böden 5 Hektar, bei schlechten Böden 8 bis 10 Hektar groß sein sollten; Verteilung des Viehs und der einfachen Produktionsgeräte an Neubauern und Übergabe der Traktoren und großen Landmaschinen sowie von Werkstätten und von Betrieben zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse an zu schaffende Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe für eine gemeinsame Nutzung. Die Dorfbevölkerung sollte die Bodenreform selbst in die Hand nehmen. Dazu war die Wahl von Gemeindekommissionen vorgesehen.

Am 30. August beantragte die KPD im zentralen Blockausschuss, den Beginn der Bodenreform in der SBZ zu beraten. Gleichzeitig trug sie ihre Vorstellungen an die Präsidien der Landes- und Provinzialverwaltungen als die obersten deutschen Organe heran und unterbreitete Vorschläge für gesetzliche Bestimmungen. Bei den Beratungen von KPD und SPD gab es unterschiedliche Standpunkte und Differenzen. Die SPD favorisierte nach der Enteignung eine befristete gemeinschaftliche Bewirtschaftung der Güter; eine Waldaufteilung wurde abgelehnt. Im Ergebnis setzte sich aber die KPD, auch mit Rückendeckung der sowjetischen Besatzungsmacht, mit ihrem Konzept durch. Beide Parteien vereinbarten gemeinsame Konferenzen in den Dörfern zum Thema "Die Bodenreform - die dringendste Aufgabe der demokratischen Kräfte" durchzuführen. Heftige Auseinandersetzungen ergaben sich mit der CDU und der LDPD. In ihren Gründungsaufufen hatten sich diese Parteien nur sehr unbestimmt zu Agrarfragen geäußert. Die Repräsentanten dieser Parteien befürworteten wohl die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher, waren aber gegen eine generelle Enteignung, die im Konzept der SMAD und der KPD vorgesehen war. Sie sahen eine Bodenreform vorrangig im Rahmen einer Siedlungspolitik, wie es das Reichssiedlungsgesetz von 1919 vorgesehen hatte. Sie waren für eine Zwischenbewirtschaftung der Güter durch Siedlergemeinschaften statt sofortiger Landaufteilung; statt entschädigungsloser Enteignung für Zahlung von Entschädigungen; Belassung von Restbetrieben statt restloser Enteignung und Aufsiedlung der Güter. Unter der Schirmherrschaft der Besatzungsmacht und entsprechend ihres Einflusses auf politische Entscheidungen sicherte sich die KPD die Hegemonie zur Durchsetzung ihrer Konzeption. Zuerst kam es in der Provinz Sachsen zu einer Entscheidung. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich die vier Parteien am 1. September 1945 auf eine gemeinsame Erklärung. Die KPD unterbreitete dem Präsidenten der Provinzialverwaltung den Entwurf der Bodenreformverordnung. Diese wurde am 3. September im Präsidium der Provinzialverwaltung angenommen. Präsident Hübner (LDPD) stimmte zwar gegen den Gesetzentwurf, unterwarf sich aber der Mehrheitsentscheidung und unterzeichnete die Verordnung. Als nächstes Land folgte Mecklenburg mit einem ähnlichen Gesetz am 3. bzw. 5. September. In den nächsten Tagen folgten entsprechende Verordnungen in den übrigen Ländern und Provinzen.

In einem Aufruf vom 8. September unterbreitete die KPD ein Handlungsprogramm: Sofortige Wahl von Bodenreformkommissionen in allen Landgemeinden; Beratung und Beschlussfassung über die Enteignung und Aufteilung der Güter in Versammlungen der Landarbeiter, Kleinbauern, Flüchtlinge und Zwangsumgesiedelten; vorläufige Verwaltung der Güter durch gewählte Treuhänder und Schutz des lebenden und toten Inventars, Übergabe des Bodens und Aushändigung der Besitzurkunden unter Teilnahme der Dorfbevölkerung. Gleichzeitig wurde auf eine ordnungsgemäße Herbstbestellung orientiert. In Dorfversammlungen wurden aus den Reihen der Anwärter von Landzuteilungen Bodenreformkommissionen gewählt. Auf Kreis- und Landesebene nahmen entsprechende Kommissionen ihre Tätigkeit auf. Die Gemeindekommissionen erstellten Listen der landarmen, landlosen Bauern, Landarbeiter sowie der Flüchtlinge und Zwangsumgesiedelten und nahmen Anträge auf Landzuteilung entgegen. In den Kommissionen arbeiteten rund 53 000 Bürger

als Akteure der Bodenreform. Den Vorsitz hatte vielfach der Bürgermeister. Es waren alle vier Parteien vertreten, die Mehrheit der Kommissionsmitglieder war aber parteilos. Bei den Parteien hatte die KPD mit 24 % das Übergewicht. Der Anteil der parteilosen Mitglieder in den Kommissionen betrug 57 %.

Die Bodenreform als erste antifaschistisch-demokratische Umwälzung, als Schlussfolgerung aus Krieg und Faschismus war ein Beispiel für den Doppelcharakter der Entwicklung in den ersten Nachkriegsjahren. Sie war sowohl eine Maßnahme von "oben", von der Besatzungsmacht gefordert und eingeleitet und von der KPD organisiert und durchgesetzt, als auch eine Aktion, die von der Dorfbevölkerung selbst getragen wurde, weil sie entscheidenden Lebensbedürfnissen und Forderungen der ländlichen Bevölkerung Rechnung trug.⁷ Die politische und sozialökonomische Umwälzung begann mit der Beschlagnahme des Großgrundbesitzes und seiner Überführung in einen staatlichen Bodenfonds. Spitzenreiter waren u. a. die Ländereien des Fürsten von Stollberg-Wernigerode im Umfang von 22 000 Hektar, die Besitzungen solcher bekannter preußischer und mecklenburgischer Adelsgeschlechter wie derer von Bülow, von Maltzahn, von Schwerin, die Güter von Industriellen und Bankiers wie Krupp von Bohlen und Halbach, Oetker und von Stauss. In einer relativ kurzen Zeitspanne von drei bis vier Wochen war die Beschlagnahme des Großgrundbesitzes abgeschlossen. Die Enteignung der Höfe von Kriegsverbrechern und Naziaktivisten brauchte einen längeren Zeitraum, da im Einzelfall notwendige Beweismittel erforderlich waren. Ende Oktober 1945 waren die in den Bodenreformfonds überführten Flächen aufgeteilt.

Die Bodenreform führte zwangsläufig zu harten Auseinandersetzungen und politischen Gegenaktionen. Die Wahrnehmung der obersten Gewalt durch die Besatzungsmacht schränkte allerdings die Möglichkeit groß angelegter Aktionen ein. Es ging vor allem um Sabotageakte, Verheimlichung und Verschiebung von Inventar und Vieh der enteigneten Güter und die Einschüchterung von Antragstellern auf Bodenreformland. Das gelang teilweise bei den Landarbeitern, bei denen das bisherige Leben durch die Gutsherrschaft und die Autorität des Gutsherrn bzw. seines Inspektors bestimmt war. Unter den schwierigen, komplizierten Lebensbedingungen kurz nach Kriegsende, beim Kampf ums Überleben gab es auch Diebstahl, Korruption und persönliche Bereicherungen bei der Enteignung und Aufsiedlung der Güter. Als Reaktion auf solche Erscheinungen fassten nach Forderungen der SMAD die Landes- und Provinzialverwaltungen Beschlüsse zur Ausweisung der enteigneten Familien aus den Dörfern und schließlich auch aus den Heimatkreisen. Gleichzeitig wurde auch die Vergabe von Resthöfen rückgängig gemacht. Solche Resthöfe waren enteigneten Gutsbesitzern in Anerkennung von antifaschistischen Haltungen und Handlungen - Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 - zugesprochen worden. Diese Probleme beim Durchsetzen der Agrarumwälzung und die damit verbundenen Konsequenzen hatten auch erhebliche politische Auswirkungen in der CDU und LDPD, die ja in den Landesregierungen eine große Mitverantwortung trugen. Diese Kontroversen führten dazu, dass Ende November Waldemar Koch den Vorsitz der LDPD niederlegte und Wilhelm Külz an die Spitze der Partei trat. Auf Beschluss des Hauptausschusses der CDU schieden Ende 1945 die beiden Vorsitzenden Hermes und Schreiber aus ihren Funktionen aus. An ihre Stelle traten Jacob Kaiser und Ernst Lemmer.

Zusammenfassend kann zu den sozialökonomischen Ergebnissen der demokratischen Bodenreform festgestellt werden:

In den durch die Bodenreform gebildeten Bodenfonds wurde etwa ein Drittel der land- und forstwirtschaftlich genutzten Fläche der Ostzone einbezogen = 3,3 Millionen Hektar Land. 76 % dieser Flächen stammte von 7160 privaten Gutsbetrieben und 4 % von 4537 Höfen aktiver Nazis und Kriegsverbrecher mit weniger als 100 Hektar Fläche. Bei den restlichen 20 % handelt es sich um staatliches Eigentum (Domänen) und um Eigentum der NSDAP und ihrer Gliederungen. Die Betriebe agrarwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen und das kirchliche Bodeneigentum wurde durch die Bodenreform nicht erfasst. In Mecklenburg betrug der Anteil der im Bodenfonds erfassten Fläche an der Gesamtfläche 54 %, in der Provinz Brandenburg 41 %, in der Provinz Sachsen 33 % und in den Ländern Sachsen und Thüringen 24 bzw. 15 %. Damit konzentrierte sich fast die Hälfte des Bodenreformlandes in den Agrarländern Mecklenburg und Brandenburg.

Etwa zwei Drittel dieses Bodenfonds wurde als privates Eigentum an individuelle Bodenbewerber verteilt, ein Drittel ging in Landeseigentum über oder wurde an Kommunen und gesellschaftliche Einrichtungen übergeben. Große Forstflächen wurden Landeseigentum. In diesem Prozess entstanden 500 Landesgüter. Diese Agrarumwälzung wirkte sich in etwa zwei Drittel der Gemeinden unmittelbar aus. Die Zahl der privaten Bodenempfänger betrug mehr als eine halbe Million. Im Ergebnis entstanden 210 300 Neubauernstellen mit bis zu 10 Hektar Land. Die durchschnittliche

Bodenübergabe je Neubauernstelle betrug 8,1 Hektar. 82 500 landwirtschaftliche Kleinbetriebe wurden durch Landzuteilung wirtschaftlich gestärkt. Im Durchschnitt erhielten diese landarmen Bauern 3,3 Hektar. Kleinpächter erhielten bisher gepachtetes Land als Eigentum. An Altbauern wurden 39 800 Waldparzellen übergeben. 183 300 Arbeiter und Angestellte - auch aus der Stadt - sowie Handwerker und Gewerbetreibende, vorwiegend auf dem Dorf, erhielten Bodenparzellen in der Größe von einem Viertel bis einem Hektar. Das war auch eine Maßnahme zur Minderung der schlechten Ernährungslage.

Die Familienangehörigen mitgerechnet, veränderten sich in der sowjetischen Besatzungszone durch die Bodenreform die Existenzbedingungen für etwa 1,3 Millionen Menschen. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass sich unter den Neubauern 91 200 Flüchtlinge und Zwangsumgesiedelte befanden - eine wichtige Aktion, um für diese Familien eine neue Existenzgrundlage zu schaffen. Vor allem für die Ostzone war das von existentieller Bedeutung. Nach Schätzungen befanden sich 1945 über 40 % der Flüchtlinge und Zwangsumgesiedelten auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone, bei einem Anteil von 27 % der Ortsansässigen an der gesamtdeutschen Bevölkerung (Stand 1936). Das hatte, zumindest in den ersten Jahren nach dem Kriegsende, auch einen psychologischen Grund. Viele hofften noch auf eine Rückkehr in ihre Heimatgebiete und wollten sich nicht weit von den Grenzen zu Polen und der Tschechoslowakei entfernen.⁸

Die Bodenreform war ein in der deutschen Geschichte einzigartiges Existenzgründerprogramm. Es gab Hunderttausenden Familien Arbeit, Brot und Bleibe. Im Unterschied zum Nachkriegs-EPR-Programm, der Marshallplanhilfe für die westlichen Besatzungszonen, oder auch zur Mittelstandsförderung der Bundesregierung für die neuen Länder ging es nicht um finanzielle Starthilfe, sondern um schuldenfreie Übertragung von Nutzungsrechten an Boden sowie Sachvermögen, also um Eigentumsstreueung. Die Existenzgründer gerieten nicht in erdrückende Abhängigkeit von Banken.

Die Bodenreform führte zu einer grundlegenden Umwälzung der Eigentums- und Machtverhältnisse auf dem Lande. Der private Großgrundbesitz war beseitigt. Die Klein- und Mittelbauern werden zur stärksten Schicht auf dem Dorf und bewirtschafteten etwa zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche. In der sowjetischen Besatzungszone bestanden nach der Bodenreform 770 000 bäuerliche Betriebe mit mehr als 0,5 Hektar Nutzfläche. Darunter 220 000 Nebenerwerbsbetriebe bis zu 2 Hektar.

Die SMAD und die KPD in Zusammenarbeit mit den anderen Parteien konzentrierten sich sowohl auf die Stabilisierung der landwirtschaftlichen Produktion als auch auf die Entwicklung der Neubauernwirtschaften. Ein Viehaufkauf in Sachsen und Thüringen schuf die Möglichkeit, dass Neubauern in Mecklenburg und Brandenburg Tiere erwerben konnten. Dazu diente auch der SMAD-Befehl Nr. 62, der den Neusiedlern die Möglichkeit gab, Kredite bis zu 3000 Mark in Anspruch zu nehmen. Für Neubauernfamilien, die über keinerlei Nahrungsmittel aus der Ernte 1945 verfügten, gab es Lebensmittelkarten.

Aus den Erfahrungen der gemeinsamen Arbeit der Bauern unter den äußerst schwierigen und komplizierten Bedingungen entstand die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB). Auf der gesetzlichen Grundlage der Bodenreformverordnungen waren im Herbst 1945 Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe gebildet worden, die die Traktoren, großen Maschinen und Werkstätten der enteigneten Güter übernahmen und die gegenseitige Hilfe organisierten. Im Februar 1946 fanden Vorstandswahlen für die Ausschüsse statt. Mit der Wahl von Kreis- und Landesausschüssen konstituierte sich die neue Organisation. Mit dieser Bauernorganisation sollten Beziehungen der gegenseitigen Hilfe und Solidarität unter den Bauern gefördert werden. Aus den Maschinenhöfen der VdgB entwickelten sich in der Folge Maschinenausleihstationen bzw. Maschinen-Traktoren-Stationen (MAS bzw. MTS).

Im Zusammenhang mit der Durchführung der demokratischen Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone wurden und werden auch immer wieder kritische Bewertungen und Untersuchungen angeführt. Es wird die Frage aufgeworfen, warum die schematische Grenze von 100 Hektar für die Bewertung als Großgrundbesitz festgelegt wurde. Bekanntlich können bei jeder Grenzziehung unterschiedliche Bedingungen nicht berücksichtigt werden. In diesem Falle galt die erste Betriebszählung in Deutschland von 1882, die dann auch in der Statistik als Grundlage für die Einstufung der Betriebe benutzt wurde. Danach waren Betriebe über 100 Hektar Fläche Großgrundbesitz, Betriebe von 20 bis 100 Hektar großbäuerliche, von 5 bis 20 Hektar mittelbäuerliche, von 2 bis 5 Hektar kleinbäuerliche und solche mit weniger als 2 Hektar Parzellenbetriebe.

Es gab auch Erscheinungen und Maßnahmen, die dem demokratischen Grundcharakter der Bodenreform nicht entsprachen: Die Verweigerung von Resthöfen und die Ortsverweisung, unabhängig vom persönlichen Verhalten der Großgrundbesitzer, auch der antifaschistischen Widerständler und Akteure des Attentatsversuches auf Hitler vom 20. Juli 1944. Es gab Willkürakte und Ungesetzlichkeiten sowohl bei den Ausweisungen der Enteigneten aus den Dörfern als auch besonders bei der Enteignung von Höfen unter 100 Hektar von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern. Es gab Denunziationen; manchmal wurde versucht, "alte Rechnungen" zu begleichen. Obwohl nach Gesetz die Enteignung von Höfen unter 100 Hektar nur durch den jeweiligen Landespräsidenten nach entsprechender Prüfung der Beschuldigungen vorgenommen werden konnte, wurde in manchen Fällen in den Dörfern selbstherrlich entschieden.

Für diese Erscheinungen gibt es ein Ursachenbündel. Die Bodenreform war die erste große politische und sozialökonomische Umwälzung nach Faschismus und Krieg. Millionen hatten den Tod vom Vater, den Söhnen, den Eltern zu beklagen. Millionen hatten Hab und Gut verloren. Die Achtung vor Recht und Gesetz war teilweise verschüttet. Der Kampf ging ums Überleben. Die Kommandanten der Besatzungsmacht waren mit Machtfülle ausgestattet. Bei ihnen und den Soldaten waren die furchtbaren Kriegserlebnisse noch in wacher Erinnerung. Die im Aufbau befindlichen Organe zur Verwaltung und Kontrolle waren in vielen Fällen den Anforderungen nicht gewachsen.

Die Besatzungsmacht zog daraus Schlussfolgerungen. Es wurden so genannte B-Listen an die Landesregierungen übergeben, in denen die Überprüfung von Enteignungen von Höfen unter 100 Hektar, gegen die es Einwände und Beschwerden gab, gefordert wurden. Ehemalige Gutsbesitzer erhielten Möbel und Kunstgegenstände zurück, da die Bodenreformverordnungen nur die Enteignung des Bodens und der Immobilien beinhalteten.

Unabhängig von diesen Erscheinungen war die demokratische Bodenreform eine erste entscheidende Maßnahme zur antifaschistischen Vergangenheitsbewältigung, ein wichtiges Element des Neubeginns nach Faschismus und Krieg. Aus historischer Sicht hat dazu Wolfgang Zank in "Die Zeit" vom 12. 10. 1990 festgestellt: "Während ... in der Sowjetzone eine Bodenreform verwirklicht worden ist, bei der viele Ungerechtigkeiten begangen wurden, beging man im Westen die eine große Ungerechtigkeit: den Verzicht auf die Bodenreform."

Anmerkungen

1 "Der Spiegel" vom 02.11.2009.

2 A. Weber: Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR. Expertise für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages: "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Bonn 1993.

3 G. Moll: Die Agrarverhältnisse in Mecklenburg im 19. Jahrhundert. In: "Junkerland in Bauernhand", Edition Ost, 2005, S. 89.

4 S. Kuntsche, ebenda, S. 125.

5 Vgl. U. Enders: Die Bodenreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands. In: "Junkerland in Bauernhand?", Stuttgart 1996.

6 Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 2, Berlin 1986, S. 12.

7 Vgl. Deutsche Geschichte, Bd. 9, Berlin 1989, S. 115 ff.

8 Vgl. Abschlußbericht über die Bodenreform des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 7. März 1950, Verwaltungsarchiv des Landwirtschaftsrates der DDR.

Dr. Wolfgang Beutin

Das Erbe des deutschen Faschismus und eine Literatur-Nobelpreisträgerin¹

Polemik heißt, ein Buch in wenigen seiner Sätze vernichten. Je weniger man es studierte, desto besser. Nur wer vernichten kann, kann kritisieren.

Walter Benjamin, Die Technik des Kritikers in dreizehn Thesen (Nr. IX)

An Haltungen zum deutschen Faschismus ...

... gab es, grob betrachtet, in der Weimarer Republik und während der Ära von 1933 bis 1945: die antifaschistische; eine neutrale oder sich neutral gebende, worauf etwa die Protagonistin Nicole Pineau in dem bedeutenden Roman von Adrienne Thomas "Reisen Sie ab, Mademoiselle!"²

um 1938 in der Schweiz trifft; die Position derer, die dem Faschismus anhängen, sich mit ihm identifizierten und ihn propagierten.

Dem entsprachen nach 1945 ebenso viele Weisen, ihn künstlerisch darzustellen. Zu fragen wäre sogar, ob nicht das bewusste Schweigen von Kunstschaffenden über den NS und dessen welthistorische Verbrechen, die Nichtbefassung damit eine bestimmte Haltung zum deutschen Faschismus einschloss, was etwa am deutschen und österreichischen idyllisierenden "Heimatfilm" der Jahre um 1960 untersucht werden kann. Gegenwärtig lässt sich eine Mehrzahl von Weisen des künstlerischen Umgangs mit dem deutschen Faschismus beobachten. Dazu zählen: die Darstellung der vergangenen und gegenwärtigen Welt als "Teufelskreis", dem kein Lebender entkommt; die Verleugnung und Sperrung der Mittel und Wege, mit welchen eine Gesellschaft der Humanität und der Vernunft errichtet werden könnte, u. a. besonders die Verurteilung des Denkens und der Sprache als unbrauchbar; Phänomenen nichtfaschistischer Gesellschaften, gegen die Hass erzeugt werden soll, die Eigenschaften des Faschismus anzudichten, jene mit diesen gleichzusetzen, um sie verächtlich zu machen; immerfort halbe oder Viertel-, Achtelwahrheiten über die Epoche des Faschismus, aber auch über die Folgezeit bis zur Gegenwart auszustreuen, womit mächtigen Lügen Raum geschaffen wird; und last but not least: Wiederaufnahme von ideologischen Bestandteilen des Faschismus und seiner propagandistischen Methodologie in der Publizistik.

Eine Literatur mit diesen und einigen ergänzenden Wesenszügen, träte sie denn auf den Plan, würde ihren Teil dazu beitragen, auf dem Erdball eine Politik zu verstärken und durchzusetzen, die nicht nur auf eine Revision der Ergebnisse des 2. Weltkriegs hinausliefere, sondern auch darauf, den Planeten für allezeit in ein höllisches Absurdistan, das Jenseits einer Gesellschaft der Freien und Gleichen umzuwandeln. Ist es glaubhaft, dass zurzeit ein Œuvre dieser Art geschaffen, rezipiert, über den grünen Klee gelobt und vielfältig mit Preisen ausgezeichnet wird?

Literaturpreise

Provisorische Übersicht: Preis der Konrad-Adenauer-Stiftung; Ricarda-Huch-Preis; Aspekte Literaturpreis; Deutscher Kritikerpreis; Kleist-Preis; Joseph-Breitbach-Preis; Literatur-Nobelpreis; von Erika Steinbachs "Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen" der Franz-Werfel-Menschenrechtspreis. (Bei einer dieser Preisverleihungen geschah es, dass als Lobredner ein Frommer im Lande namens Joachim Gauck auftrat.) Diese Liste wird nicht vollständig sein, vermutlich bald auch verlängert werden ...?

Eines provinziellen Literaturkritikers versuchte Selbsttötung aus Begeisterung über ein Buch

Ein Hecht im Karpfenteich der deutschen Literatur überschlug sich in seinem Enthusiasmus wegen des jüngst (2009) erschienenen Buchs der Verfasserin, betitelt: "Atemschaukel". Er kündigte an, aus Begeisterung sich selber bei Lebzeiten schwerste Einbußen aufzuerlegen: er würde nicht mehr anständig essen, sich kaum noch waschen, nie mehr duschen, sich selber nicht mehr ankleiden können. Damit sänke er womöglich zum Pflegefall herab, falls er nicht sogar infolge Bewegungsunfähigkeit rasch heimginge. Es war ein in Franken siedelnder Literatur-Experte namens Wolf Peter Schnetz (zu mittelhochdeutsch "snez" = "Hecht"), der über "Atemschaukel" schrieb: "Ein Buch, das man nicht mehr aus der Hand legt."³

Ob nicht jenes, wie andere derselben Verfasserin, aber immer wieder einmal aus der Hand gelegt werden sollte, rasch oder nicht rasch, von allen, die gern auch noch ein anderes Druckwerk in die Hand nehmen oder, der Lektüre abgeneigt, gar keins? Von solchen verschmäht, die sich überhaupt jegliche Einschränkung an Lebensmöglichkeit verbeten haben und sich auf gar keinen Fall vom Literatur-Experten verschaukeln lassen möchten, selbst von Nobelpreis-Verleihern nicht?

Durchs wilde Absurdistan

Die Verfasserin überrumpelt ihr Publikum bedenkenlos, indem sie als Dichtung von heute eine von gestern serviert, oder eher noch von vorgestern, eine Spätform von Dada oder simplifizierende Reprise des einstmals provokanten Surrealismus, ihre düpierten Fans hinter sich herlockend durchs wilde Absurdistan. Sie stellt skurrile Vorgänge dar, absonderliche Figuren, deren irrales Tun.

Ein Kind läßt sich die Nägel nicht schneiden. Das tut weh, sagt das Kind. Die Mutter bindet das Kind mit den Gürteln ihrer Kleider an den Stuhl. ... Die Mutter liebt das Kind. Sie liebt

es wie eine Sucht und kann sich nicht halten, weil ihr Verstand genauso an die Liebe angebunden ist, wie das Kind an den Stuhl. Das Kind weiß: Die Mutter muß in ihrer angebundenen Liebe die Hände zerschneiden. Sie muß die abgeschnittenen Finger in die Tasche ihres Hauskleids stecken und in den Hof gehen, als wären die Finger zum Wegwerfen. Sie muß im Hof, wo sie keiner mehr sieht, die Finger des Kindes essen. (Herztier 14 f.)

Etwas Lieben "wie eine Sucht"? Aber liebt man Liebe "wie eine Sucht"? Man kann "leidenschaftliche Liebe, Affenliebe" empfinden; Liebe als Sucht betrachtet heißt: Erotomanie. Redensart: jemanden "zum Fressen gern haben". Diese Mutter frisst die Finger ihres Kindes, das ist: das Kannibalismus-Motiv.

Um den Bahnhof strich der Philosoph. Er verwechselte die Telefonmasten und Baumstämme mit Menschen. Er erzählte dem Eisen und Holz von Kant und dem Kosmos der fressenden Schafe. In den Bodegas ging er von Tisch zu Tisch, trank die Reste und wischte die Gläser trocken mit seinem langen weißen Bart. (Herztier 48)

Ein Verwirrter, der die realen Gegenstände der Welt verkennt à la Don Quijote? Von der Verfasserin vielleicht als Symbol für die von ihr behauptete Verrücktheit der Welt im Kommunismus vorgeführt?

(Lolas Geschlechtsverkehr) Nur Stöße im Bauch auf dem Boden des Parks. Und über ihr die Hundeaugen der Männer, die den ganzen Tag das Fallen des Waschpulvers hörten im dicken Rohr und das Röcheln der Tiere. Diese Augen brannten über Lola, weil sie den ganzen Tag erloschen waren. (Herztier 23)

Das Fallen des Waschpulvers *hören* doch wohl nicht die Hundeaugen der Männer, allenfalls die Männer mit ihren Ohren. Inwiefern hätten Männer sämtlich Hundeaugen? Inwiefern hört man das Fallen des Waschpulvers im Park? Welche Tiere röcheln (die Männer wiederum?). Können erloschene Augen brennen?

Zwar darf ein Literat Gegenstände, Vorgänge, Eigenschaften durcheinander wirbeln, doch entweder so, dass ein sinnvoll integriertes Bild in der Phantasie der Leserschaft entsteht, oder so, dass diese erkennt, ein kaleidoskopartiger Flickenteppich wird ihr geboten. Nur muss sie nicht im Zweifel bleiben, was beabsichtigt ist, nicht gezwungen sein, eine dritte Alternative zu erwägen: gestalterische Unfähigkeit des Künstlers? Bei dieser Verfasserin aber kann man kaum anders, als stetig auf die dritte Alternative zu tippen.

Diese Blindheit quälte mich. ... Diese Blindheit kommt daher, dachte ich mir, daß wir nie mit dem Messer schneiden und mit der Gabel stechen dürfen. Daß wir essen wie Tiere. (Herztier 24)

Eine oft verwendete literarische Technik der Autorin ist es, in der Gedankenwelt des epischen Ichs Zusammenhänge zu errichten, die der Logik entbehren, oder: es wird eine Pseudologik geboten, die der realen Zusammenhanglosigkeit einen Anstrich von Zusammenhang gibt. Sie bedient sich spezieller Metaphorik, konstruiert aus anthropomorphisierenden Metaphern menschliche Gemeinschaft, die jeglichen Sinns und Verstandes entbehrt:

(Die Großmutter) Jetzt erkannte sie den Vater wieder, weil sie irr, und weil er tot war. Jetzt hauste sein Herztier in ihr. (Herztier 75)

Unsere Herztier flohen wie Mäuse. Sie warfen das Fell hinter sich ab und verschwanden im Nichts. (Ebenda 89)

Dies ist das zentrale Bild eines ihrer "Romane": "Herztier", der von der Verfasserin danach auch den Titel bekam. Während man im ersten Zitat die Bedeutung erwägen könnte: "Herztier" stehe für Liebe, liebende Erinnerung, Andenken ..., verflüchtigt sich jeder Sinn bei der zweiten Verwendung, ein mit dem Verstand nicht fassbarer Vorgang wird supponiert, Ratlosigkeit bei der Leserschaft bewirkt.

Ebenfalls in dem Bericht "Atemschaukel". Darin ist ein Hauptmotiv das Hungern im Arbeitslager. Dafür setzt die Verfasserin die Allegorie des "Hungerengels", und vom Hungerengel stiftet sie eine Verbindung zur "Atemschaukel", wovon der Text den Titel hat:

Der Hungerengel geht offenen Auges einseitig. Er taumelt enge Kreise und balanciert auf der Atemschaukel. (Abschnitt "Vom Hungerengel", S. 144)

Es findet sich nicht leicht eine Schreiberin heute, die eine solche Sintflut von Anthropomorphismen ins Werk setzt:

Auch die Pflanzen, Stiele und Blätter verstehen nicht, weshalb das Kind Hände und Mund essend gegen sein Leben gebraucht. Nur die Namen der Pflanzen wissen warum: Wasserklee, Wollgras, Milchdistel ... (usw.; Herztier 90)

Pflanzen, Stiele, Blätter "verstehen nicht", aber die Namen "wissen" etwas. Und die Position des Partizips "essend"? "Hände und Mund essend" - dann verspeist es selber seine eigenen Hände und den Mund; daher richtig: "das Kind essend ..."

Die Mutter der Nadel ist die Stelle, die blutet. Die Mutter der Nadel ist die älteste Nadel der Welt, die alle Nadeln geboren hat. Sie sucht für all ihre Nadeln an jeder nähernden Hand auf der Welt einen Finger zum Stechen. ... Flüche sind kalt. Flüche brauchen keine Dahlien, kein Brot, keine Äpfel, keinen Sommer. Sie sind nicht zum Riechen und nicht zum Essen. (Fuchs 8)

Irgend nachvollziehbare Vorstellungen wird man von Passagen wie diesen nicht verlangen. Eine Anregung für eine nächste, in Zukunft zu kürende Literatur-Nobelpreisträgerin wäre jedoch, an die Feststellung, was Flüche alles nicht brauchen, den vollständigen Wortschatz der deutschen Sprache anzufügen. An die Wortfolge "Sie sind nicht zum ..." könnte die Gesamtheit der Verben der deutschen Sprache geknüpft werden.

Diese Verfasserin durchwirkt ihre gesamte literarische Produktion mit zahllosen Metaphern ohne Bedeutung, mit Vergleichen, wodurch Beliebiges mit Beliebigem in Beziehung gesetzt wird, mit Aussagen bar jeden Sinns und Verstands:

Das Auge des Briefkastens ist nicht schwarz und leer, es ist weiß. (Fuchs 111)

Lillis Schlehenblick drang in meine Augen und behauptete sich. (Lillis Nase:) Diese Nase ist schön wie eine Tabakblüte. (Heute 63)

Es gilt in der Kunst aber: Rhetorische Figuren, voran kühne und kühnste Metaphern, müssen etwas für sich haben - sie müssen als sprachliche Bilder überzeugen, ihnen muss bildliche Kraft innewohnen. Wo nicht, wirken sie wie pure Willkür. Was ist hier der Fall?

Daß mir das lange Kleid zum Hals heraus hing, machte viel, daß ich mir wünschte, er möge immer drauftreten, bis ich nicht mehr drin bin. (Heute 193)

Der Phraseologismus: "etwas hängt jemandem zum Halse heraus" mit der Bezeichnung des konkreten Gegenstands "Kleid" gekoppelt, ergibt unfreiwillige Komik, weil "Kleid" die Bezeichnung eines Dings ist, das seinerseits tatsächlich *über die Fähigkeit* verfügt, *zu hängen*. Verdeutsch: "Dass ich das lange Kleid nicht mehr mochte, bewirkte, dass ich mir wünschte ..."

Zum Reich Absurdistan gehört es, aus Prinzip die Regeln des "guten Anstands" zu verletzen, sprich: in der Literatur die Leserschaft durch Einbau von Obszönitäten zu schockieren, sofern dies Vorhaben denn heutzutage noch glückt und ein gelinde abgebrühtes Publikum sich überhaupt schockieren lässt. Die Verfasserin wird sich unterrichtet haben, dass Gegenwartsliteratur kaum noch ohne obszöne Wörter, Vorgänge und Handlungen auskommt. Tabubruch dieser Art tritt bei ihr wahlweise im Konnex mit dem Eros auf oder mit dem Exkrementellen. Das Exkrementelle ist es, worin sich die Verfasserin auffällig behaglich umtut.

Ilije muß scheißen. Er hebt den Kopf, er drückt. Er reißt ein Blatt vom Stiel, ein schmales, langes Maisblatt. Das Maisblatt bricht, und sein Finger stinkt. Und das Maisfeld stinkt, und der Wald. Und die Nacht, und der Mond, der nicht da ist, stinkt. (Fuchs 206 f.)

Um den Umgang mit dem Obszönen muss ein Schreiber sich allerdings verstehen, Autoren mit Esprit wie Aristophanes und Aretino, Chorier und James Joyce und viele andere mehr haben es in Jahrtausenden bewiesen. Aber sie haben sich nicht darauf kapriziert, dass sogar ein Mond, "der nicht da ist", stinkt ... und wäre er da, wie wollte jemand seinen Geruch korrekt ermitteln? (Könnte allenfalls eine Forschungsaufgabe bei der nächsten Mondlandung sein.) Hier nimmt sich der Tabubruch aus, als habe ein Zimperlieschen ihn sich gewaltsam verordnet, um die Absatzchancen ihres Skripts zu erhöhen. Häufig erscheint das Obszöne in Gestalt des Witzes. Indes würde der Köhner zum obszönen Witz greifen, der als Diffamierung einer ganzen Bevölkerung daherkommt?

Weißt du, warum die Italiener immer Taschenkämme bei sich tragen, weil sie im Schamhaar ihren Schwanz nicht finden, wenn sie pissen müssen. (Heute 62)

Als Fäkalien-Expertin präsentiert sich die Verfasserin in einem eigenen Kapitel mit der vielversprechenden Überschrift: "Der Nachttopf". Hier legt sie ihrer Heldin eine anrührende Meditation in den Mund, die von der Verschiedenheit der Ausführungen des benannten Gefäßes handelt:

Ich hatte einen roten Nachtopf, meine Mutter einen grünen, mein Vater einen blauen. Der vierte war aus Glas, er war der schönste, doch er wurde nie benutzt. (Fuchs 253)

Alle in literarischer Darstellung geschilderten Vorgänge - seien sie noch so unalltöglich, phantastisch, exzentrisch - dürfen ein gewisses Maß an Glaubwürdigkeit nicht vermissen lassen. Die Kunst des Autors besteht darin, dass er es in der Welt der Fiktion so zugehen lässt, dass die Leserschaft sich nicht weigert, seiner Erdichtung wenigstens in der Phantasielandschaft Plausibilität zu konzederen. Frag also: Glaubwürdigkeit, Plausibilität? Ist die Antwort verneinend, dann weil die Leserschaft den Eindruck des Erkrampfens gewinnt:

Das Gesicht des Kindes roch nach abgestandenem Obst. Es war der Geruch alter Frauen, die sich das Gesicht dick pudern, bis der Puder so welk ist wie die Haut. ... Als das Kind zwischen den anderen Kindern im Schulhof stand, war der Fleck an seiner Wange der Griff der Einsamkeit. Er dehnte sich aus, denn über die Pappeln fiel schiefes Licht. (Fuchs 11)

Also was nun? Obst oder alte Frauen, und wie bewerkstelligte die Erzählerin es, herauszufinden, wonach das "Gesicht des Kindes" roch? (Sie muss schon nahe an es herangegangen sein.) Erzeugt das Gefühl, einsam zu sein, einen Fleck an der Wange eines Kindes? Und inwiefern sollte "schiefes Licht", das über Pappeln fällt, ihn vergrößern?

Der Frisör steckte eine Handvoll Bonbons in seinen Mund, wenn von einem Mann so viele Haare geschnitten sind, daß sie einen Sack füllen, sagte er, einen gestampften Sack. (Fuchs 19)

Gleich eine Handvoll Bonbons stopft doch kaum einmal ein Mensch in seinen Mund, wenn sie nicht in der Luftröhre stecken bleiben sollen. Und die Bedingung wird nie erfüllt - oder der Zeitpunkt nicht erreicht -, weil selbst ein Simson nicht so viele Haare auf dem Kopf hat, dass sie abgeschnitten einen ganzen Sack füllen.

Greise, die im Sommer sterben, bleiben eine Weile zwischen Bett und Grab über der Stadt. (Fuchs 21)

Über den Wolken, wo die Freiheit grenzenlos sein muss, oder in den Wolken? In der Luft schweben fliegende menschliche Körper á la Chagall?

Auf dem Asphalt steht barfuß ein Schuh (...) (Fuchs 108)

Barfuß steht darauf höchstens der Besitzer des Schuhs. Denn "barfuß" heißt: mit unbeschuhemtem Fuß. Ein Schuh, der "barfuß" stünde, wäre ein unbeschuhter Schuh.

Und wo zwei Menschen sind, ist doch der eine in der Minderheit.⁴

Der Begriffskern des Ausdrucks "Minderheit" ist: "an Zahl unterlegen". Daher bedeutet, falls von nur zwei Personen die Rede ist, ihre Unterteilung in Mehr- und Minderheit: groben Unfug mit der Sprache treiben.

Denken und Sprache als unbrauchbar diffamiert

Aus Absurdistan hebt die Verfasserin auf ihrem Pegasus nicht selten ab zum Ideenhimmel. Während ihres Gedankenflugs durchstreift sie beispielsweise die Regionen der Skepsis, der Sprachskepsis vor allem.

Die inneren Bereiche decken sich nicht mit der Sprache, sie zerren einen dorthin, wo sich Wörter nicht aufhalten können. Oft ist es das Entscheidende, über das nichts mehr gesagt werden kann, und der Impuls, darüber zu reden, läuft gut, weil er daran vorbeiläuft. (König 14 f.)

Nachdenken, Reden, Schreiben sind und bleiben Behelfsmäßigkeiten. Das Vorgefallene treffen werden sie nie, nicht einmal ungefähr. (Ebenda 136)

Die zitierten Äußerungen gehören in die Tradition der *Sprachskepsis*, die viele Schriften besonders der Ära um 1900 durchdrang. Ein Beispiel dafür war der berühmte Chandos-Brief Hofmannsthal's (1902), der als zentraler Theorie-Entwurf dieses Autors betrachtet wird. Der (fingierte) Schreiber resümiert: "die irdischen Begriffe" entziehen sich ihm, so dass ihm die Fähigkeit des zusammenhängenden Denkens und Sprechens abhanden kommt, es zerfallen ihm "die abstrakten Worte" (S. 436); "das Tiefste, das Persönliche meines Denkens", vermerkt er weiter, werde begrifflich nicht erfasst; um das "Gepräge" der Dingwelt auszudrücken, erscheinen ihm "alle Worte zu arm" (S. 439); er kann nicht jene "die ganze Welt durchwebende Harmonie" "in vernünftigen Worten darstellen", so sehr ihm daran läge, "mit dem Herzen zu denken". Indessen seine Beunruhigung war überflüssig (und das Textstück so gesehen hinfällig). Denn wäre ihm eine schlüssige

Sprachtheorie zur Hand gewesen, hätte er sich unterrichten können, dass alles, seine Klagen und Lamento, sich einer falschen Grundannahme verdanken. Jenes "Tiefste" und Persönlichste wird nämlich korrekt abgebildet - abgebildet in der *Vorstellungswelt* (und nicht im Wort). Dieser - der Welt der Vorstellungen - sind die Sprachzeichen dienstbar. Sie ermöglichen es mir, meine eigenen Vorstellungen zu archivieren (so dass ich diese je nach Notwendigkeit in die Erinnerung rufen kann) und auch je nach Erforderlichkeit mit anderen Sprechern zu kommunizieren - dies genau und nichts anderes ist die Funktion der sprachlichen Zeichen -. Das Mittel, mit dem die Literatur arbeitet, sind deshalb auch nicht in erster Linie die Wörter - wie eine verbreitete, aber falsche Literaturtheorie will -, sondern ihr Basismaterial sind die Vorstellungen; und Dichtung ist seit jeher primär das künstlerische Spiel mit den Vorstellungen. Nur sekundär auch eines mit Worten. Sind meine Wörter "leer", dann liegt dies keinesfalls also an ihnen selber, sondern schuld ist der Mangel meiner Vorstellungskraft, ist aller Wahrscheinlichkeit nach - meine Armut an Gedanken und Empfindungen - gerade nicht deren Fülle, wie die Sprachskeptiker gern suggerieren -. Als Hofmannsthal den Chandos-Brief verfasste, war dieser Sachverhalt nicht mehr unbekannt, der Autor hätte damit vertraut sein können. Beispielsweise erläuterte ihn an prominenter Stelle G. E. Lessing, mit beneidenswerter Prägnanz: "Die Sprache kann alles ausdrücken, was wir deutlich denken; daß sie aber alle *Nüancen* der Empfindung sollte ausdrücken können, das ist eben so unmöglich, als es unnötig sein würde."⁵

Geschriebene Sätze verhalten sich zu den gelegten Tatsachen eher so, wie sich das Schweigen gegenüber dem Reden verhält. Wenn ich Gelebtes in die Sätze stelle, fängt ein gespenstischer Umzug an. Die Innereien der Tatsachen werden in Wörter verpackt, sie lernen laufen und ziehen an einen beim Umzug noch nicht bekannten Ort. Um im Bild des Umzugs zu bleiben, es ist mir beim Schreiben, als stelle sich das Bett in einen Wald, der Stuhl in einen Apfel, die Straße läuft in einen Finger. Aber es ist auch umgekehrt: die Handtasche wird größer als die Stadt, das Augenweiß größer als die Wand, die Armbanduhr größer als ein Mond. (König 85)

Hier gibt sich die Verfasserin den Anschein, als liefere sie durchdachte literatur- und sprachtheoretische Reflexionen, was doch keineswegs der Fall ist. Unklarheit: "Die Innereien" oder die Wörter "lernen laufen"? Im Anschluss daran *entläuft* die Verfasserin, um sich nur ja nicht einer rationalen Kritik zu stellen, abermals nach Absurdistan, wohin man ihr besser nicht folgt. - Auch ein von ihr gern gewähltes Verfahren: Nach Einfügung pseudophilosophischer Aussagen in ihren Text wechselt sie unangekündigt über in den Dadaismus.

Vergangenheit, das ist für mich die Zuspitzung der Gegenwart durch die Einsicht, daß sich das Leben weniger durch den Kopf und die Hände als durch die Füße und Gegenstände ändern lässt. [?? - W. B.] Und daß sich das auch in der Zukunft nicht ändert. Zukunft, das wird wiederum die Zuspitzung einer gewesenen Gegenwart. ... (Es folgen Überlegungen betreffs einer gewissen Inge Wenzel und über "ihre Gegenstände", von denen die Verfasserin sagt, sie "probiere" sie "aus in Reimen":) Am Hals zu ihrem Gold passt Detmold / zu ihren Nachthemden passt Emden / zu ihren Fahrten passt Hinterzarten / zu ihrem Schlafen passt Bremerhaven / zu ihrem Bett passt Helmstedt / zu allen Dingen passt Sindelfingen / zu ihren Kleidern der Saison passt Iserlohn. (König 127)

Aus der Nobelvorlesung "Jedes Wort weiß etwas vom Teufelskreis":

Der Wortklang weiß, daß er betrügen muß, weil die Gegenstände mit ihrem Material betrügen, die Gefühle mit ihren Gesten. An der Schnittstelle, wo der Betrug der Materialien und der Gesten zusammenkommen, nistet sich der Wortklang mit seiner erfundenen Wahrheit ein. Beim Schreiben kann von Vertrauen keine Rede sein, eher von der Redlichkeit des Betrugs.⁶

Dagegen steht: Das Wort "weiß" nichts, der Wortklang "weiß" nichts, und er betrügt auch nicht; die Gegenstände betrügen ebenfalls nicht. All das, was die Verfasserin hier vom Wort, vom Gegenstand, vom Gefühl, vom Betrug aussagt, lässt sich von ihnen nicht legitim aussagen, weil legitim ausschließlich nämlich nur - vom Menschen, der die Sprache verwendet. Also: "Der Mensch weiß ... Der Mensch betrügt ... Eine Verfasserin betrügt ..." Um einen Irrtum herum arrangierte die Preisgekrönte auch ihre Ansprache beim Nobelbankett, betitelt: "Von der Wahrheit der Sprache". Er steckt bereits im Titel. Sprache ist niemals wahr oder falsch; sie wird nicht rechtens mit den Epitheta "wahr" oder "falsch" belegt, sondern was sie zu tun vermag - sie verrät lediglich in manchem Fall, dass ein Mensch die Wahrheit sagt oder die Unwahrheit. Als wahr oder falsch können

lediglich *Aussagen* von Menschen bezeichnet werden, nicht irgend die Bestandteile des Ausdrucksmittels "Sprache".

In welchem Maße die Verfasserin inkompetent war und ist, in Fragen der Sprache mitzureden, erweist sie schon mit einer einzigen Zeile: (Im Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien wurde ihr) ... der Politiker Scharping im Mitgefühl für die Vertriebenen durch seine persönliche Sprache zum Literaten.⁷

Will sie hier vielleicht den damaligen sozialdemokratischen Minister tadeln, indem sie ihn mit dem - dann pejorativ akzentuierten - Terminus kennzeichnet? Dann würde ihre diffamierende Begriffsverwendung in die Nähe der faschistischen, auch antisemitischen führen (Ausdrücke wie "Judenliteratur" waren im NS-Jargon nicht selten). Vielmehr meint sie wohl, Scharping wegen seines totalen Kriegseinsatzes rühmen zu müssen. Was ihr misslingt. Denn: Durch "persönliche Sprache" wird keine Person "zum Literaten", oder alle Personen würden es, denn sie alle sprechen ausnahmslos ihre "persönliche Sprache". Sie hätte lieber redlich bekennen sollen, dass sie dem Lügenbaron die Lorbeerkrone aufdrückte, weil er, und darin ihr selbst verwandt, hemmungslos zum Kriege trieb.

Nichtfaschistische Gesellschaften mit faschistischen zusammengeworfen

Wer heutzutage gegen gewisse aktuelle Zustände oder Phänomene bei Menschen Hass erzeugen möchte, greift gern zu dem Mittel, den Faschismus zu funktionalisieren, indem man mit ihm zusammenwirft, was man verächtlich zu machen sucht: parallelisierend, gleichsetzend oder durch Reihenbildung. So zählt zu den literarischen Griffen der Verfasserin auch, Ähnlichkeit zu suggerieren durch Angabe einer zeitlichen Abfolge. (Auf Deutschland gemünzt:) "Man hat den Nationalsozialismus nicht nur erlebt, man hat ihn ja gemacht. Und dann kam die Diktatur in der DDR, die denselben Zuschnitt hatte wie die anderen osteuropäischen Diktaturen."⁸

Einwand: Nicht "man" machte den deutschen Faschismus, sondern bestimmte, mit Namen zu kennzeichnende Personengruppen und Personen setzten ihn in die Welt, finanzierten ihn und schoben ihn an die Macht. Ihrem Anfangssatz hätte die Verfasserin theoretisch die Fortsetzung geben können: Und dann kam in der Bundesrepublik die Remilitarisierung, die hauptsächlich als Waffe gegen denselben Feind dienen sollte, gegen den einstmals schon die NS-Wehrmacht ins Feld gestellt worden war - mit dem bekannten Resultat im Mai 1945. - Nun hilft aber in dem Interview das Wochenblatt "Die Zeit" der Verfasserin auf die Sprünge und bietet ihr die "Erkenntnis" an, man hätte in der BRD "die rechte Ideologie schärfer gesehen ... als die linke", sprich: zu Unrecht den NS heftiger kritisiert als den Kommunismus. Darauf fährt die Interviewte prompt ab: "Das stimmt, der kommunistische Terror wurde lange nicht wahrgenommen." (Ebenda) Das stimmt *nicht*: Denn setzt man hier den Terminus "Der Kommunismus" ein, so wurde in der alten BRD niemals ein anderer Gegenstand so inflationär und so polemisch in den Fokus gerückt wie gerade er.

Nach ihrem zuletzt angeführten Satz schüttet die Verfasserin wertende Adjektive über die DDR aus: "kalt, düster, frustriert, gnadenlos", Epitheta, die zweifeln lassen: Hat die Verfasserin mit eigenen Augen jemals auch nur einen einzigen Blick auf das Land geworfen, welches sie so diabolifiziert? Und sie liefert dazu eine selbst in der alten BRD einstmals schon ausgediente Propagandaphrase: "Die DDR war ja kein Staat." (Ebenda)

Worin besteht der Trick? Zu insinuierten: Wenn zwei Phänomene einander in einem Merkmal gleich sind (Diktaturen), sind sie überhaupt gleich. So nimmt die Verfasserin eine Reihenbildung vor, wodurch sie den Eindruck einer Tradition hervorruft: faschistische Diktatur - kommunistische Diktatur. Entsprechend auch in bezug auf Rumänien. Erst wird ein Verwandter in Siebenbürgen "in der Naziuniform" erwähnt, dann kommt sie "auf die folgende Diktatur" zu sprechen, "in der ich selber lebte".⁹ Die Linie: Faschismus - Kommunismus wird durch eine einfache Reihung gestiftet - als gäbe es nicht ein unbestreitbares Faktum: Es ist die Sowjetarmee gewesen, die der Herrschaft des Faschismus in Rumänien (Antonescu) ein Ende bereitete! So aber verfährt die Verfasserin: Die Befreiung des Landes vom Faschismus 1944 bleibt ausgeblendet.

Krass unredlich gleichfalls ihr Umgang mit der Bundesrepublik Jugoslawien. Den in Deutschland einstmals virulenten "Rassenwahn" projizierte sie 1994 flugs auf Serbien. Dort werde, wer dem grassierenden Nationalismus nicht anhängt, "aus der Rasse ausgeschlossen. Der Rassenwahn hat auch die serbische Opposition besetzt. Auch die orthodoxe Kirche."¹⁰ Davon ist zwar keine Silbe richtig - die Nürnberger Rassengesetze erfand kein Jugoslawe, kein dortiger Kommunist oder orthodoxer Pope -, aber so leistete die Verfasserin nun ihren propagandistischen Beitrag

gegen Jugoslawien in einer überregionalen deutschen Zeitung, in derjenigen, der von Leuten, die sich selber intellektuelles Niveau zuschreiben, intellektuelles Niveau zugeschrieben wird.

Auf einem plumpen Umweg über eine Metapher stiftet die Verfasserin die Gleichsetzung: Verbrechen der SS = Verbrechen der Serben. Sie malt ein Bildnis des Vaters: "Der Vater mußte nie fliehen. Er war singend in die Welt marschiert. Er hatte in der Welt Friedhöfe gemacht und die Orte schnell verlassen. Ein verlorener Krieg, ein heimgekehrter SS-Soldat ... Die Friedhöfe hält der Vater unten im Hals, wo zwischen Hemdkragen und Kinn der Kehlkopf steht. Der Kehlkopf ist spitz und verriegelt. So können die Friedhöfe nie hinauf über seine Lippen gehen." (Herztier 21) "Friedhöfe machen" ist die Wendung, die sie für "morden" benutzt. Morden war die Tätigkeit der SS. Die "Friedhöfe" im Hals stecken lassen soll heißen: "die Mordtaten der SS verschweigen". Wiederum übrigens, wie bei dieser Verfasserin Usus, eine schiefe Metapher. Denn: Einen Friedhof anlegen muss nicht gleichbedeutend sein mit "eine Mordtat begehen", sondern ist in der Regel ein zivilisatorisches Werk, kulturelle Tätigkeit. Über die Serben schreibt die Verfasserin 1999: "... wer so pragmatisch Friedhöfe macht, wie andere Straßen bauen, wer das Morden so gewohnt ist, wie ein Glas Wasser zu trinken ..." ¹¹ Wenn zwei dasselbe tun: "Friedhöfe machen", so versucht die Verfasserin ihre Leserschaft zu übertölpeln, wären sie einander gleich. Doch taten hier zwei dasselbe? Einer, der einen Angriffskrieg führte (SS), der andere, der sein Land verteidigte (Milosevic)?

Halbe Wahrheiten, ganze Lügen

Wo die Verfasserin sich über die Geschichte und Politik verschiedener Länder auslässt - FAZ und "Zeit" sind voll von ihren Auslassungen -, geizt sie ausnahmslos beim Austeilen der Wahrheit. Sie behält nämlich gemeinhin starke Stücke davon zurück. Oder gleich die Wahrheit als ganze.

Ein von ihr oft gewähltes Angriffsobjekt ist das kommunistische Rumänien. Um eine altdeutsche Wendung aufzugreifen: Dies ist ihr Gräuel und Scheuel. Eine Kommilitonin nimmt sich das Leben. Vorgeblich habe die Partei wie folgt reagiert: "Die erhängte Lola wurde zwei Tage später am Nachmittag um vier Uhr in der großen Aula aus der Partei ausgeschlossen und von der Hochschule exmatrikuliert." (Herztier 32) Ist das wahr, hat es einen solchen Vorgang jemals in Rumänien oder einem anderen kommunistischen Land gegeben? Was die Verfasserin erzeugen möchte, ist jedenfalls der Eindruck lächerlichen Handelns der Partei und staatlicher Autoritäten. Ihren Hass konzentriert sie vor allem auf das letzte Staatsoberhaupt in der kommunistischen Ära, Ceauşescu. Wenn sie bloß vom "Diktator" spricht, was häufig geschieht, ist er gemeint. Wie in der altchristlichen Legende erscheint bei der Verfasserin ein Herrscher als Tyrann, der zur Kurierung seiner Krankheit Kinderblut abzapfen und sich verabreichen lässt: "Das Kinderblut gegen Blutkrebs bekommt er im Land." (Herztier 70) An anderer Stelle gebraucht sie die absurde Nachrede, der Präsident begehre täglich neue Kleidung: "Als sei alles, was er am Tag davor getragen hat, zu klein geworden, weil in der Nachtruhe die Macht wächst." (Fuchs 240) Sie vermeidet, wenn es gegen das Staatsoberhaupt geht, nicht einmal den plattesten Witz. Ein solcher kommt etwa als Frage daher, was "der kleine Rumäne in der Hölle" erblicke. "... es ist viel Gedränge, und alle stehen bis zum Kinn im heißen Schlamm. Der Teufel weist dem kleinen Rumänen den letzten freien Platz in einer Ecke zu, und der kleine Rumäne stellt sich auf den freien Platz und versinkt bis zum Kinn. In der Mitte, neben dem Sitz des Teufels, steht aber einer nur bis zum Knie im Schlamm. Da streckt der kleine Rumäne den Hals und erkennt Ceauşescu. Da fragt er den Teufel, wo ist da die Gerechtigkeit, der hat mehr Sünden als ich. Ja, aber der steht auf dem Kopf seiner Frau, sagt der Teufel." (Fuchs 213)

So weit so peinlich. Aber die Wahrheit, das Stück Wahrheit, das von der Verfasserin zurückbehalten wird? Variieren wir eine ihrer Aussagen: Das stimmt, der Kommunismus wurde lange nicht wahrgenommen. - Nämlich Ceauşescus Kommunismus im Westen nicht, oder er wurde lange Zeit gnädig *hingegenommen*, besser: geflissentlich übersehen. Wann? Damals, als der Rumäne das Lieblingskind des Westens war, weil dieser ihn als Instrument zu benutzen gedachte, um den "Ostblock" aufzusprengen. Sein Lob ertönte damals aus allen systemkonformen Medien des kapitalistischen Lagers. Um ein Beispiel (aus dem Jahre 1973) zu geben: "Der Gesprächspartner Richard Nixons, Charles de Gaulles, und Willy Brandts verkörpert in der Tat ein Land, das wie kaum ein anderes die durch den Ost-West-Konflikt bedingte Abschließung der fünfziger Jahre durchbrach und damit einen eigenständigen Beitrag zur Wiedervereinigung Europas - verstanden als Normalisierung der Beziehungen zwischen seinen Staaten, unbeschadet unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen - zu leisten vermochte." ¹²

Der als "Roman" verkaufte Text mit dem Titel "Atemschaukel" ist der Intention der Verfasserin gemäß in Wirklichkeit eine Anklageschrift gegen eine Maßnahme der Sowjetunion der Nachkriegszeit. Sie bürdete jungen Rumänendeutschen (oder Sachsen; nicht den jungen Rumänen allesamt) eine fünfjährige Zeit im Lager auf, während der sie Arbeitsleistungen zu erbringen hatten. Diese bildeten eine Wiedergutmachung für die vom rumänischen Staat und seiner Armee in der Sowjetunion 1941/44 angerichteten Schäden. Die Verfasserin enthebt sich jedoch schlechthin der Mühe, diese Begründung ihrer Leserschaft darzulegen. Sorgsam verschwiegen bleibt, dass während des Faschismus in Rumänien unter dem "Staatsführer" Antonescu (hingerichtet 1946) dies Land den Eroberungsplänen Hitlers militärische Unterstützung geliehen hatte, Armeen, die sich am Eroberungs- und Verwüstungsfeldzug der NS-Wehrmacht in Russland beteiligt hatten, bis Stalingrad und zurück.¹³

Feindbilder

Es ist ein Grundzug aller Schriften der Verfasserin, ihrer belletristischen ebenso wie erörternden, dass in ihnen der Leserschaft Feindbilder eingetrichtert werden sollen. Und zwar exakt in Entsprechung zur Hauptangriffsrichtung des deutschen Imperialismus, wie sie sich in den dominierenden Medien Bonns, hernach in denjenigen des vereinigten Deutschlands spiegelte und spiegelt. 1987 war sie in die Bundesrepublik eingereist?

1987 stellt die Verfasserin sich ohne Zögern dem (neudeutsch gesprochen:) "mainstream" der Propaganda Westdeutschlands contra die DDR zur Verfügung. In Berlin angesiedelt, vertraut sie dem Wochenblatt "Zeit" an: "Und nicht weit die Mauer. Und jenseits der Mauer Soldaten wie Jäger."¹⁴

1994: Sieben Jahre später - die Mauer ist "gefallen" - diskriminiert sie Jugoslawien als Hauptfeind, einschließlich seines Anhangs von mehreren Staaten: Was sei die Aktivität der serbischen Soldaten? Erschießen, Martern, Schlachten der Menschen ... Milosevic, Karadzic, in Wahrheit, wie jeder wissen kann, die Verteidiger ihres Landes, der Verfasserin zufolge aber: "Zwei Massenmörder". Sie behauptet, Jugoslawien produziere nunmehr eine Kette von Morden. Rassistisch hechelnd, bezichtigt sie die Serben und - gleich danach - die Russen: "Zu rasseln begann diese Kette in Belgrad, und Milosevic hält sie in der Hand. Und sie rasselt bis Moskau. Das Slawische und das Panslawische, das angeblich 'gleiche Blut', bewegt sich. Auch in Rumänien rasselt diese Kette. Aber auch in Griechenland."¹⁵ Weshalb "auch in Griechenland"? Zur Erinnerung: In Griechenland war die von Deutschland, Österreich, dem Papst, der NATO bewerkstelligte Zerschlagung Jugoslawiens unpopulär, aus Griechenland kam Protest gegen den NATO-Angriff auf Serbien. Was spricht in ihrer Sicht gegen Rumänien, nach dem Sturz Ceauşescus? Sie verschweigt es, aber: dort gab es große Sympathie für den von den Angreifern überfallenen Nachbarn, der zwar seit dem Mittelalter eine gemeinsame Grenze mit Rumänien besitzt, aber - wie unnatürlich! - niemals einen Krieg mit diesem anzettelte. Somit war von der Verfasserin auch Rumänien auf *ihre* Liste der Schurkenstaaten zu setzen. Und Russland? "In Rußland hört man hinter dem slawischen Rasseln das Rasseln der Großmacht, die wieder auf den Sockel steigt ..." (Ebenda)

1999: Die Verfasserin registriert "die Entfesselung der Perversion"; - wie bei ihr nicht verwunderlich, keineswegs seitens der NATO-Mächte, der Friedensverräter, der Landverwüster, der Urheber der "Kollateralschäden", nein, seitens des Verteidigers.

Als bald feuert die Verfasserin auf Serbien an Schimpfwörtern ab, was ihre armselig monotone, erbarmungswürdig morose Lexik hergibt: Hinrichtungen; das Morden; auf jedes Wort aus Serbien entfalle ein Mord; es zwingt seine Soldaten "zum rabiaten Morden"; staatlicher Mord, und mit einer "Handvoll Massenmörder", die man benenne, seien bei weitem keinesfalls alle Schuldigen benannt.¹⁶

Da es nach alledem ihr nicht mehr darauf ankommt, überhaupt noch zu argumentieren, fordert sie kurzerhand den Bruch des Völkerrechts. Sie schreibt: "Im Westen begründen die Gegner der Nato-Angriffe (*immerhin, sie räumt sie ein!* - W. B.) ihre Ablehnung zusätzlich mit dem fehlenden Mandat der Vereinten Nationen, obwohl sie wissen, daß dieses mit Rußland und China nie zustande kommt ..." (Ebenda) Also: Ist das Gremium nicht passend zusammengesetzt und weigert es sich, imperialistische Aggressionen gutzuheißen, empfiehlt die Verfasserin: Rasch über es und seine Rechte hinweggesetzt! Dabei bedient sie sich einer sprachlich-historischen Wendung, die vom Beginn des 1. Weltkriegs stammt. In einer Unterredung am 4. August nannte damals der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg den Vertrag, worin Belgiens Neutralität festgeschrie-

ben worden war, einen "Fetzen Papier". Die Verfasserin schreibt - und will die Satzung der UN damit treffen -: "Wer sich angesichts von Massenmord auf ein Stück Papier versteift, verbirgt dahinter, daß er nichts tun wollte ..." (ebenda) Aber ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen ist eben keineswegs ein verächtliches "Stück Papier", das man mit einem Achselzucken übergeht, und ein nur propagandistisch behauptetes, weil unbewiesenes, weil unbeweisbares, weil nicht vollzogenes Verbrechen hat noch niemals in der Weltgeschichte einen kriegerischen Überfall legitimiert.

2009: Wie sehr sie fortdauernd im "mainstream" mitschwimmt, stellt die Verfasserin abermals in der Spanne unter Beweis, während welcher sie mit der Hinnahme des Nobelpreises, dem Besuch des Nobelbanketts und ihrer Nobelvorlesung beschäftigt ist. Darin präsentiert sie die Galerie ihrer Feindbilder abermals, nun um eines ergänzt, - in diesem Moment schießt auch sie unverzagt gegen diejenige Nation, gegen die augenblicklich die gewalttätige Propagandawalze der imperialistischen Hauptländer rollt. Sie attackiert "die Diktaturen dieser Welt", die man "nicht einfach gewähren" lassen dürfe, und fordert: "Denken Sie an China, jetzt Gast auf der Frankfurter Buchmesse. ... Oder denken Sie an Iran ..." ¹⁷ An anderer Stelle: "Denn bis heute gibt es Diktaturen aller Couleur. Manche dauern schon ewig und erschrecken uns gerade wieder aufs Neue, wie der Iran. Andere wie Rußland und China ziehen sich zivile Mäntelchen an, liberalisieren ihre Wirtschaft - die Menschenrechte sind jedoch noch längst nicht vom Stalinismus oder Maoismus losgelöst." ¹⁸

Kriegsfurie

Während des NATO-Angriffskriegs gegen die Bundesrepublik Jugoslawien taten berühmte Tonangeber in der Bundesrepublik Deutschland bekanntlich das Gegenteil: sie *zogen* ihre "zivilen Mäntelchen" *aus*. Was kam darunter zum Vorschein? Der Militärmantel oder redensartliche "bunte Rock". Die nun uniform gekleideten großen Lichter stellten sich als Propagandisten eines völkerrechtlich verbotenen Angriffskriegs auf die politische Bühne, um nur ihrer drei zu erwähnen: Jürgen Habermas, Günter Grass, Jan Philipp Reemtsma. Deren schrille Töne überbot die Verfasserin womöglich noch, die benannten Herren überschreiend: "Um die Serben an der Vernichtung des Kosovo zu hindern, hätte die Nato gleichzeitig mit dem ersten Tag der Luftangriffe Bodentruppen ins Kosovo schicken müssen. ... dennoch könnten nur Bodentruppen die von den Serben wer weiß wo internierten jungen Männer und die Hunderttausende Versteckten aus den Wäldern retten. ... Und nur Bodentruppen könnten die Serben am Verwischen der Spuren hindern. ... Das Denkverbot 'Bodentruppen' kommt aus der Angst vor dem nächsten Schritt, wenn Milosevic im Schutt seiner Infrastruktur die Mordkommandos im Kosovo herrisch weiterarbeiten lässt, wie es heute schon der Fall ist." ¹⁹

Kriegsfurie! Sie selber wollte diejenige sein, auf deren Befehl hin die Mordkommandos, sprich: NATO-Bodentruppen, Serbien verheeren sollten.

Fazit

Wer tatsächlich die Bodentruppen nach Jugoslawien geschickt hätte, wäre des schwersten Delikts schuldig geworden, noch vor der "Entfesselung der Perversion", die tatsächlich im Frühjahr 1999 in Jugoslawien stattfand: des Luftkriegs.

Hiernach braucht man nicht lange mehr im Werk der Verfasserin nach dem Erbe des Faschismus zu fahnden. Die folgenden Elemente in ihrem Schrifttum sind aus der faschistischen Ideologie bezogen, erweisen sich zweifelsfrei als Bestandteile davon: Propagierung des Angriffskriegs, dessen Bejahung, ob er in Form von Luftkrieg oder als Bodenkrieg geführt wird; verbale Attacken gegen das Hassobjekt Slawentum; Feindbilder, die schon von der NS-Propaganda lanciert wurden: innenpolitisch der Kommunismus, außenpolitisch Serbien (oder Jugoslawien) und Russland. In die Nähe gehören: Verächtlichmachung der Italiener, Aussprechen des Tadels gegen Griechenland, gegen Rumänien. Ein schon kaiserliches, im deutschen Faschismus wieder aufgenommenes Ansinnen: völkerrechtliche Satzungen und Bestimmungen - mühsame, in vielen Jahrhunderten erst gelungene Erwerbung der Menschengattung - schlechterdings als "Stück Papier" zu betrachten und zu behandeln.

Eine verständige Leserschaft wird selber sehr wach feststellen, wie das Schrifttum der Verfasserin auf sie wirkt, und sie wird die Souveränität besitzen, es aus eigener Überlegung zu bewerten. Und sie kann wissen, dass ihr mit unschätzbarem Sachverstand brillante Kritiker zur Seite stehen, verstorbene und lebende.

Wäre es richtig beobachtet, die Verfasserin besorge ungehemmt die Geschäfte der Herrenkaste, vor allem soweit sie zur Herbeiführung von deren Kriegen beitragen kann?

Heinrich Mann schrieb 1910: "Ein Intellektueller, der sich an die Herrenkaste heranmacht, begeht Verrat am Geist."²⁰ Die Eroberung der Länder der Welt durch den Neoliberalismus "ist mit dem Aufbau eines gigantischen Sicherheits- und Militärapparates verbunden", äußerte Michel Chossudovsky bei der diesjährigen Rosa-Luxemburg-Konferenz. Und weiter: "Die Medien spielen bei der Unterstützung dieser Militäragenda eine wichtige Rolle wie auch beim Verbergen der tatsächlichen Gründe für den Krieg. ... Wir haben es also auch mit einem Krieg gegen die Wahrheit zu tun - vergleichbar mit dem Vorgehen der spanischen Inquisition: Die Wirklichkeit wird auf den Kopf gestellt. ... Man kennt die Wahrheit, aber die Bürger werden dazu ermutigt, die Lüge zu akzeptieren. Wissen, Begreifen und gesunder Menschenverstand werden ersetzt durch blanke Fabrikationen. ... Die reale Welt wird durch eine Phantasiewelt ersetzt."²¹ "Blanke Fabrikationen" jedoch, besonders je bellizistischer sie sind, die Ersetzung der realen Welt durch eine hysterisierend halluzinierte "Phantasiewelt", die Negation der vernünftig verfassten und human zu gestaltenden Welt und deren Verdrängung durch ein von Willkür beherrschtes Absurdistan, auf welche Weise zeigt sich die "Herrenkaste", zeigen sich die Herren der Kriege erkenntlich dafür?

Um ein letztes Zitat der Verfasserin beizubringen und ihr damit, wie es ihr gebührt, das Schlusswort zu geben: Ein Journalist der "Zeit" befragte sie, was am Nobelpreis sie erfreue. Sie antwortete: "Ich sehe darin eine Belohnung."²²

Anmerkungen

1 Die Textbasis bilden die folgenden Titel von **Herta Müller**: *Herztier*. Roman, ⁵Frankfurt/M. 2009; *Der König verneigt sich und tötet*, ⁴Frankfurt/M. 2009 (zitiert: König); *Der Fuchs war damals schon der Jäger*. Roman, ⁴Frankfurt/M. 2009 (zitiert: Fuchs); *Heute wär ich mir lieber nicht begegnet*. Roman, München 2009 (zitiert: Heute); *Atemschaukel*. Roman, München 2009. - Der letztgenannte, von der Verfasserin mit der Gattungsbezeichnung "Roman" versehene Text verdient diese Bezeichnung keineswegs, da er romanhafter Eigenschaften ermangelt. Er ist eine (quasi-)soziologische Analyse oder auch eine Sequenz von Feuilletons, gerahmt von Abschnitten über die Verbringung einer Person (namens Leopold Auberg, siehe S. 43) in ein Arbeitslager und über die Entlassung daraus und Heimkehr. Mit der Wahl ihrer männlichen Zentralfigur allerdings ist die Verfasserin nicht zurecht gekommen. Sie unterstellt dem Auberg eine Reihe von Rendezvous mit Männern (S. 8 ff., S. 129), die, wie Leserin und Leser rasch durchschauen, rechtens der Biographie der Verfasserin zuzuordnen sind; möchte diese doch offensichtlich nicht, dass Auberg als gleichgeschlechtlich Liebender erscheine? - *Andere zitierte Veröffentlichungen werden jeweils an der betreffenden Stelle benannt.*

2 Zuerst Stockholm 1944, ³Berlin 1961.

3 In: *Literatur in Bayern*, 25. Jg., Nr. 98 (Dezember 2009), S. 61.

4 Auch das ist Schuld: das Hoffen ohne Grund, "Die Zeit", 26. 6. 1987.

5 So im 49. Literaturbrief (vom 2. August 1759).

6 Aus: www.faz.net 2010, S. 8.

7 Die Entfesselung der Perversion, FAZ, 5. 5. 1999.

8 Ich hatte so viel Glück (Interview), Die Zeit, 15. 10. 2009.

9 Jedes Wort weiß etwas vom Teufelskreis. Herta Müllers Nobelvorlesung, www.faz.net, 2010.

10 Die serbische Landkarte ersetzt das Gewissen (...), FAZ, 27. 4. 1994.

11 Die Entfesselung der Perversion, FAZ, 5. 5. 1999.

12 So der Politologe Waldemar Besson, In: *Spektrum des Geistes* 22/1973, S. 13.

13 Dazu vgl. G. K. Shukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Berlin 1969, 2. Bd., S. 61 ff.

14 Auch das ist Schuld: das Hoffen ohne Grund, Die Zeit, 26. 6. 1987.

15 Die serbische Landkarte ersetzt das Gewissen (...), FAZ, 27. 4. 1994.

16 Die Entfesselung der Perversion, FAZ, 5. 5. 1999.

17 Ich hatte so viel Glück! Die Zeit, 15. 10. 2009.

18 Von der Wahrheit der Sprache, FAZ, 12. 12. 2009.

19 Die Entfesselung der Perversion, FAZ, 5. 5. 1999.

20 (Aufsatz): *Geist und Tat*. In: *Politische Essays*, Frankfurt/M. 1968, S. 14.

21 *junge welt*, 27. 1. 2010.

22 Ich hatte so viel Glück! Die Zeit, 15. 10. 2009.

Werner Ruch

Franz Mehring - ein Helfer bei der antifaschistisch-demokratischen Umerziehung nach 1945

Nach 1945 kam das Mehringsche Erbe zur deutschen Geschichte den deutschen Sozialisten und Antifaschisten wie gerufen. Musste doch, um die historischen Chancen zu nutzen, die Auseinandersetzung über die geschichtlichen Wurzeln der perfiden, inhumanen Geschichtsauffassung der Nazis geführt werden. Sie musste nach dem "Deutschland über alles", dem Herrenmententum und Rassenwahn, dem begangenen Völkermord an Juden, Sintis und Romas, an den Slawen sowie anderen Völkern Europas in allen Besatzungszonen geführt werden.

In den Dokumenten, Gesetzen und Verordnungen des Alliierten Kontrollrates wurden zu Recht die geistige Entrümpelung der Köpfe vom Naziungeist und die antifaschistisch-demokratische Umerziehung des deutschen Volkes gefordert. Die gemeinsame Orientierung der vier Besatzungsmächte in dieser Frage konnte sogar kurzzeitig für die Zusammenarbeit eine gewichtige Brückenfunktion mindestens bis zu dem Zeitpunkt ausüben, an dem sich die USA und England offen für "German on the front" entschieden. Um im Zentrum Europas eine neue Ostfront aufzubauen, "brauchen wir die Deutschen wieder". Bekanntlich wurde dieser New Deal von einem irreführenden Freiheitschor begleitet. Der Wandel in der Deutschlandpolitik der USA bedingte die Spaltung Deutschlands und führte zur Remilitarisierung der Bundesrepublik. Die USA hatten bereits frühzeitig Vorsorge getroffen, um die künftige militärische Führung aus bewährten "Marschierern" vorzubereiten. Die Schützengräben des "Kalten Krieges" wurden zu ihrem Experimentierfeld.

Wir können gar nicht genug betonen, dass 1945, nach der Niederlage des Faschismus, von Berlin Impulse ausgingen für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau in ganz Deutschland. Noch vor Eintreffen der westlichen Besatzungsmächte in Berlin konstituierten sich die beiden Arbeiterparteien SPD und KPD und einheitliche und freie Gewerkschaften nahmen ihre Tätigkeit auf. Die CDU und die LDPD bereiteten ihre Konstituierung vor.

In seinem Gründungsaufwurf vom 15. Juni 1945 stellte der vorbereitende Gewerkschaftsausschuss für Groß-Berlin fest: "Die Tyrannei des Hitlerfaschismus ist durch die verbündeten Armeen zerschlagen." Gleichzeitig wird erinnert: "Der Weg in den Abgrund begann schon vor 1933." Ein kurzer geschichtlicher Abriss mündete in die Aufforderung: "Beweisen wir der Welt, dass die geeinte Arbeiterschaft, durch die Vergangenheit belehrt, sich ihrer besten gewerkschaftlichen Tradition bewusst, gewillt ist, ein antifaschistisches Bollwerk zu schaffen, dass sie entschlossen ist, sich mit ganzer Kraft einzusetzen für ein demokratisches Deutschland, für ein friedliches Zusammenleben mit anderen Völkern."

Der erwähnte Einzug des westlichen Militärs in die ihnen zur Verfügung gestellten Sektoren erwies sich für die weitere Entwicklung Berlins sehr bald als eine der bösesten Realitäten. Die Wirkung der frühzeitigen Berliner Impulse ließ sehr bald nach.

Bereits im Herbst 1945 gab das ZK der KPD zwei Vortragsdispositionen zum reaktionären Preußentum im Verlag Neuer Weg Berlin zum Preis von 0,20 RM heraus. Auf Franz Mehring wird speziell im Abschnitt "Der Kampf des reaktionären Preußentums gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung" zurückgegriffen. Bismarck berief "zum obersten Handhaber des Sozialistengesetzes den kassubischen Junker von Puttkamer. Eine gemeine und schäbige Polizeiseele, so großmäulig wie unwissend, aber tief von der konservativen Weisheit durchdrungen, daß die ausgesuchtesten Schufte die stärksten Stützen von Thron und Altar seien, einen Beschützer und Förderer des schamlosesten Lockspitzeltums". Dieses Zitat ist Franz Mehrings Buch "Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters" entnommen. Ich hebe diese Quelle auch deshalb hervor, weil der erste Teil dieses Buches vor 100 Jahren im Vorwärts Verlag der SPD erschien.

Anlässlich der Wiedereröffnung meiner Mehring-Ausstellung im Bürogebäude des "Neuen Deutschland", Franz-Mehring-Platz 1, wurde dieses Buch besonders gewürdigt. Hier sei Folgendes mitgeteilt: Diese Ausstellung wird gegenwärtig im Auftrag des ND von Media Service digitalisiert. Zum 120. Jahrestag des 1. Mai soll sie, dann in höherer Qualität, im Foyer des Münzenberg-Saales wieder für Besucher und zu Führungen zur Verführung stehen.

Als die vorhin erwähnten Rededispositionen der KPD im Herbst 1945 vorlagen, war der Schulbetrieb bereits wieder aufgenommen, aber ohne das Fach Geschichte. Die Geschichtsbücher aus der Zeit des Faschismus waren eingezogen worden. Zeitungsausschnitte und Veröffentlichungen über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess dienten in dieser Zeit als Unterrichtsmaterial zur

Gegenwarts- oder Sozialgeschichte. Zur Wiederaufnahme des Geschichtsunterrichtes kam es in der sowjetischen Besatzungszone im Herbst 1946 mit dem beginnenden neuen Schuljahr ab der 5. Klasse. Diese Abläufe ähnelten einander in den vier Besatzungszonen. In Berlin wurde der Geschichtsunterricht nach Anordnung durch die Alliierte Kommandantur ein Jahr später wieder aufgenommen.

Zu den ersten Geschichtswerken, die seit Frühjahr 1946 in der sowjetischen Besatzungszone in und außerhalb der Schulen Verbreitung fanden, gehörten von Friedrich Engels "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates", von Franz Mehring eine Sammlung historischer Aufsätze zur preußisch-deutschen Geschichte und die "Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters" sowie Beiträge von Georgij Valentinovic Plechanow zur materialistischen Geschichtsauffassung und zur Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte. Zu dieser Zeit begann auch die Verbreitung der vereinfachten Darstellung des dialektischen und historischen Materialismus von Stalin.

Aus Anlass des 100. Geburtstages Mehrings wurde vom Dietz-Verlag der schon erwähnte Sammelband mit Aufsätzen zur preußisch-deutschen Geschichte herausgebracht. Noch im gleichen Jahr erschien auch im Gebr. Weiß-Verlag in Berlin-Kreuzberg Mehrings Buch "Geschichte des deutschen Volkes vom Ausgang des Mittelalters". Weitere Auflagen folgten mit sagenhafter Auflagenhöhe 1947 und 1948 im Dietz Verlag. Vier weitere Auflagen kamen in der DDR von 1950 bis 1952 hinzu, erschienen in der Bibliothek des Marxismus-Leninismus. 1946 wurden diese Buchtitel und danach auch Einzelbeiträge aus Mehrings Schaffen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Westdeutschland verlegt. Später erschien in der DDR eine einmalige Sammlung der Schriften von Franz Mehring mit 15 Bänden im Dietz Verlag Berlin.

Persönlich erinnere ich mich an folgende Begebenheiten: Im Zuge der Spaltung Berlins und der Entlassung vieler unserer bisherigen Lehrer ließ sich die Mehrheit meiner Berufsschulklasse vom Hermannplatz in Neukölln zur Wildenbruchstraße in Treptow umschulen. Hier bauten unsere Lehrer eine neue Berufsschule, dann für den sowjetischen Sektor, auf. Ich sah meine Aufgabe als Schülerratsvorsitzender in der neuen Berufsschule darin, neben einer Wandzeitung auch eine Schülerbibliothek aufzubauen. Dazu ging ich, wie man damals sagte, zu verschiedenen Instanzen "fechten". Die Bücher, die wir mehrfach erhielten, waren die schon erwähnten von Franz Mehring. Auch zu meinen Geburtstagen im Januar 1951 auf dem ersten Jahreslehrgang der Berliner Landespartei-schule "Friedrich Engels" in Liebenwalde und 1952 von meiner FDJ-Gruppe beim FDGB erhielt ich Mehring geschenkt. Diese Geschenkideen waren ganz sicher Ausdruck der Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte, in der wir uns damals befanden.

Kehren wir zurück ins Jahr 1946. Das starke Interesse an Mehrings Schriften hatte mindestens zwei Gründe. Erstens legte er die erste marxistische Analyse zur Rolle des Preußentums, zur preußisch-deutschen Geschichte und zur Geschichte der Sozialdemokratie bis zum Ende des Sozialistengesetzes 1890 vor. Zweitens hatten viele Vertreter der damaligen Generation noch eine persönliche Vorstellung von Franz Mehring. Sehen wir uns nur in zwei Fällen das Beziehungsfeld von Delegierten des Vereinigungsparteitages zu Mehring an, so wird zugleich die Verwurzelung namhafter Delegierter des Vereinigungsparteitages von 1946 mit der Sozialdemokratie unter August Bebel und Paul Singer sichtbar.

Im Präsidium des Vereinigungsparteitages von KPD und SPD saß zum Beispiel Eugen Ernst. Der Genosse Ernst gehörte dem Parteivorstand der SPD seit 1900 bis zur Novemberrevolution und danach an. Er beschloss 1906 im Parteivorstand die Aufnahme Franz Mehrings in den zentralen Bildungsausschuss und seine Berufung als Lehrer für Geschichte der im gleichen Jahr eröffneten zentralen Parteischule in Berlin-Kreuzberg. Sicher, Eugen Ernst hatte auch den Ausschuss der Gegner des Übergangs der SPD-Führung in das kaiserliche Kriegslager wie Franz Mehring und der anderen Linken betrieben. Aber nach 12 Jahren Faschismus hatte er sich - wie auch Theodor Leipart, der frühere Vorsitzende des ADGB von 1920 bis 1933 - für die politische Einheit der Arbeiterbewegung entschieden.

Denken wir an Wilhelm Pieck. Als Bremer Funktionär der SPD lernte er bereits 1904 auf dem Parteitag der SPD in Bremen August Bebel und Clara Zetkin kennen. Vom 1. Oktober 1907 bis 31. März 1908 besuchte Pieck die zentrale Parteischule in Berlin und blieb dann für immer in der Stadt. Hier lernte er Mehring nicht nur als bedeutenden marxistischen Historiker und Propagandisten kennen. Der ebenfalls aus Bremen stammende Sekretär bzw. Leiter der Schule, Heinrich Schulz, brauchte an seiner Seite Verstärkung, um über die Erfordernisse der Schule hinaus sowohl die Entwicklung lokaler Bildungsausschüsse zu fördern als auch die sozialistische Wanderlehrer-

bewegung in Deutschland auszubauen. Der Parteivorstand bestätigte den Einsatz Wilhelm Piecks als rechte Hand von Schulz. Beide schätzten einander, denn sie schufen den ersten Bildungsausschuss in Bremen, der eine beispielhafte Wirkung auf die gesamte Partei hatte.

Heute stößt man in Kreuzberg vielfach auf den Namen Mehrings, des bedeutendsten marxistischen Historikers und Publizisten der SPD nach dem Tode von Friedrich Engels, des führenden Vertreters der deutschen Linken und späteren Mitbegründers der KPD. Der Beschluss über die Umbenennung von Straßen und Plätzen in den 20 Bezirken Berlins wurde einstimmig von den vier im Magistrat von Groß-Berlin vertretenen Parteien am 31. Juli 1947 unter Vorsitz der amtierenden Oberbürgermeisterin Louise Schroeder (SPD) gefasst. Nachzulesen im Verordnungsblatt des Magistrats vom 7. 10. 1947. Damals wurden nicht nur zwei, sondern mindestens drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Erstens entsprach der Magistrat mit seiner Entscheidung dem Anliegen des Kontrollrates zur demokratischen Umerziehung des deutschen Volkes und dem Gesetz zur Auflösung des Staates Preußen vom April 1947. Zweitens wurde mit der Umbenennung speziell in Kreuzberg ein dauerhaftes Denkmal gesetzt. Drittens brachte die SPD ihren traditionellen Parteistandort mit Zustimmung der SED, der CDU und LDPD in bleibende Erinnerung. So gibt es heute in Kreuzberg neben dem Mehringplatz, dem Mehringdamm mit einem gleichnamigen U-Bahnhof, eine Mehringbrücke und den Mehringhof, wo sich später das Mehring-Hoftheater etablierte.

Von der Alliierten Kommandantur wurden keine Bedenken laut, da es aus unterschiedlichen Gründen eine Interessenübereinstimmung gab. Was den Namen Belle-Alliance betraf, so sah die Lage etwa so aus: Die Engländer sprechen nur von der Schlacht bei Waterloo, weil sich dort das britische Armee-Hauptquartier befand. Nach englischem Brauch erhält eine gewonnene Schlacht immer den Namen des Ortes, an dem der Feldherr die Nacht vorher verbracht hat. Die Franzosen wollten nicht unbedingt an die endgültige Niederlage Napoleons erinnert werden. Für die Russen war die Völkerschlacht bei Leipzig von übergeordneter Bedeutung und nicht die Niederlage Napoleons nach einem 100-Tage-Comeback. Die Amerikaner hatten auch mit dem reaktionären preußischen Erbe nichts im Sinn. Zudem waren sie maßgebend am Zustandekommen des Gesetzes zur Auflösung des Staates Preußen vom 26. Februar 1947 beteiligt.

1947 war die Umgebung des nunmehrigen Mehringsplatzes hoffnungslos zerstört. Den Namen Belle-Alliance führt heute nur noch ein Restaurant am Rande des Platzes. Aber all das, was bei diesem Platz an den Befreiungskrieg erinnert, hat wie durch ein Wunder den Krieg überstanden. Dazu gehören die Viktoria auf einer 18 Meter hohen Marmorsäule thronend und die beiden griechischen Musen Eire und Klio. Außerdem erinnern an den Befreiungskrieg zahlreiche Straßen und Plätze in Kreuzberg, die Namen preußischer Generale wie Blücher, Gneisenau und Yorck tragen, sowie das Nationaldenkmal von Schinkel auf dem Kreuzberg. Auch Waterloo, der Ort der letzten Schlacht gegen Napoleon, ist mit einem Platz bedacht.

Mit der Liste der Umbenennung von 152 Straßen und Plätzen in den 20 Berliner Bezirken wurde 1947 auch die Veränderung vom Baltenplatz zum Bersarinplatz in Friedrichshain bestätigt. Unter den gestrichenen Namen befinden sich die Adolf Hitlers und Horst Wessels. Den Franz-Mehring-Platz im Ortsteil Friedrichshain gibt es seit 1972. Dem ging der Bau des ND-Gebäudes auf dem ehemaligen Gelände des Küstriner Bahnhofes bzw. des zerstörten Varietes "Plaza" voraus.

Unter dem Strich befand sich Franz Mehring als einer der wenigen marxistischen Historiker in der unmittelbaren Nachkriegszeit in der Gunst aller Besatzungsmächte. Natürlich machten sich die Westmächte nicht seine materialistische Geschichtsauffassung zu eigen. Aber sie respektierten seine Analyse des Preußentums und der verhängnisvollen Rolle des Staates Preußen in der deutschen Geschichte.

Am 11. April 1988 wurde am ehemaligen Wohnhaus Franz Mehrings eine Gedenktafel enthüllt. Es war die erste Tafel, die in Steglitz im Rahmen des Denkmalprogramms angebracht wurde, finanziert von der Sparkasse Berlin. CDU-Bürgermeister und ein SPD-Stadtrat enthüllten die Tafel gemeinsam. Der damals nur in Westberlin erscheinende "Tagesspiegel" verwies in einem zwispaltigen Beitrag auf die wissenschaftlichen Leistungen Franz Mehrings. Er konstatierte, dass Franz Mehring nach dem Kriege auch in den Westzonen gefragt war. Er schrieb: "Damals, im Oktober 1947, wollte der CDU-Kulturminister Professor Conen in Nordrhein-Westfalen Mehrings Darstellung 'Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters' von der Jugend fern halten: Außer jeder Diskussion steht, daß es für den Unterricht vollkommen ungeeignet ist und den konfessionellen Frieden stören würde, erklärte der Minister und bestimmte, daß dieses Buch nur bibliotheksmäßig, von gereiften Personen, benutzt werden darf."

Schaut man sich die Schul- und Lehrerzeitungen von 1946/47 an, so erfährt man, dass Mehring in den Schulen besonders der sowjetischen Besatzungszone und Berlins Eingang fand. Seine Bücher wurden nicht nur dort besprochen, sondern z. B. durch Dr. Viktor Stern in der Dezember-Ausgabe der theoretischen Zeitschrift der SED. In Westberlin erschienen damals ebenfalls würdige Artikel zu Mehring-Gedenktagen sowohl im "Tagesspiegel", in der "Berliner Morgenpost", im "Horizont" und der Jugendwochenzeitung "Start". Das war auch die Zeit, in der die Schulreformer bemüht waren, nicht nur die Chancengleichheit zur Bildung für alle durchzusetzen. Es ging ihnen auch um fortschrittliche Bildungsinhalte. Das wurde besonders deutlich in der Auseinandersetzung über das Erziehungsziel des Berliner Schulreformgesetzes. Seine Verabschiedung erfolgte durch die Berliner Stadtverordnetenversammlung im November 1947. Das war ein Jahr vor der Spaltung der Stadt mittels der Währungsreform. Ein letztes Mal kam eine große Koalition zur Annahme dieses bedeutenden Gesetzeswerkes zustande. Nach vielem Hin und Her in der Alliierten Kommandantur und zwischen ihr und den deutschen Stellen bestätigte die Alliierte Kommandantur im Juni 1948, einen Monat vor der verhängnisvollen Währungsreform, das Schulreformgesetz. Das war ihr letzter gemeinsamer Akt.

Abschließend sei nochmals festgestellt: Franz Mehring hat uns in der Geschichtsbewältigung geholfen. Er lebt in unserer Stadt nicht nur in Friedrichshain-Kreuzberg weiter. Er wird uns auch bei der weiteren Erforschung der historischen Wurzeln der Linken helfen.

Helmut Müller

Zur geistigen Entnazifizierung der Jugend (Jugend und Jugendpolitik 1945 bis 1947)

Die militärische Zerschlagung des Faschismus im Jahre 1945 eröffnete zweifellos die größte Chance der jungen deutschen Generation. Sie eröffnete ihr die Perspektive für ein neues Leben in Frieden und Freiheit, in Demokratie und Sozialismus.

Sie unterschied sich grundsätzlich von der, die ihr Hitler in Aussicht gestellt und geboten hatte. Noch vor Beginn des zweiten Weltkrieges hatte er sie in einer Rede in dem "ins Reich geholte" Sudetenland im Dezember 1938 wie folgt beschrieben: *"Diese Jugend lernt nichts anderes als deutsch denken und deutsch handeln, und wenn diese Knaben mit zehn Jahren in unsere Organisation hinein kommen und dort oft zum erstenmal überhaupt eine frische Luft bekommen und fühlen, dann kommen sie vier Jahre später vom Jungvolk zur Hitlerjugend, und dort behalten wir sie vier Jahre, dann geben wir sie erst recht nicht zurück in die Hände der alten Klassen- und Standeserzeuger, sondern dann nehmen wir sie sofort in die Partei, in die Arbeitsfront, in die SA oder SS, in das NSKK usw. Und wenn sie dort zwei oder eineinhalb Jahre sind und noch nicht ganz Nationalsozialisten sind, dann kommen sie in den Arbeitsdienst und werden dort sechs oder sieben Monate geschliffen, alles mit einem Symbol, dem deutschen Spaten. Und was noch an Klassenbewusstsein oder Ständedünkel vorhanden sein sollte, das übernimmt dann die Wehrmacht zur weiteren Behandlung auf zwei Jahre und wenn sie nach zwei, drei oder vier Jahren zurückkehrt, dann nehmen wir sie, damit sie auf keinen Fall rückfällig werden, sofort wieder in die SA, SS usw. und sie werden nicht frei ihr ganzes Leben!"*¹ Ähnlich die Aussichten für die Mädchen und jungen Frauen.

Die hier Versammelten kennen den schweren Neuanfang aus eigenem Erleben und der aktiven Teilnahme am Leben der Antifa-Jugendausschüsse und der FDJ. Deshalb will ich hier kein Wasser in die Spree gießen, sondern mich nur zu einigen Aspekten äußern, die mir wesentlich erscheinen.

1. Die richtungsweisende Kraft für die Gestaltung der Jugendpolitik in Deutschland war die KPD

Die Jugendpolitik bildete stets einen immanenten Bestandteil ihrer Gesamtpolitik. Den Grundstein legte sie dafür auf der Brüsseler Konferenz (1935), wo eine aus der Niederlage von 1933 gezogene Lehre lautet: "Grundlegende Änderung des Charakters unseres Jugendverbandes, für die Schaffung einer einheitlichen, einer freien deutschen Jugendbewegung, für die Schaffung einer einheitlichen Massenjugendorganisation."² Mit der Ausarbeitung des "Aktionsprogramms des Blocks der kämpferischen Demokratie" in Moskau (Ende 1944/Anfang 1945) reifte die Erkenntnis zu der von Wilhelm Pieck formulierten Konzeption (31. Oktober 1944): *"Schaffung einer einheitli-*

*chen antifaschistischen, antimilitaristischen, antiimperialistischen Organisation der Jugend zur Erfassung und Vereinigung der fortschrittlichen Jugend nicht auf parteimäßiger Grundlage, sondern eine breite außerparteiliche Massenorganisation. Einheitliche Kampffront der Jugend mit breitem nationalem, politischem und kulturellem Aktionsprogramm. Kampf- und Erziehungsorganisation, von der Jugend selbst geschaffen, selbst organisiert und geleitet. Hilfe durch Erwachsene, dauerndes festes Freundschaftsbündnis Erwachsene und Jugend.*³

Daran schließen sich die bekannten, von Walter Ulbricht in seiner Rede am 25. Juni 1945 verkündeten zwei Grundsätze an: Verzicht auf die Schaffung eines KJVD, "denn wir wollen, dass eine einheitliche, freie Jugendbewegung entsteht", und Unterstützung der Arbeit der bereits örtlich gebildeten und weiter zu bildenden "Antifa-Jugendausschüsse".⁴ Es ist von großer Bedeutung, dass sich die SPD und die beiden bürgerlichen Parteien dieser Position der Kommunisten anschließen. Die weitere Entwicklung erbringt dafür den Beweis.

2. Die Jugend ist eine besonders wichtige Zielgruppe in der Politik der KPD und der mit der SPD vereinten SED

Im Mittelpunkt steht die "politisch-moralische Vernichtung des Faschismus"⁵ und die Erziehung im Geiste des Antifaschismus und der Demokratie. Sie lässt sich am besten mit den Worten des Manifests des Vereinigungsparteitages ausdrücken: "Die deutsche Jugend ist unsere Hoffnung. In euren Händen wird die Zukunft unseres Vaterlandes liegen."⁶ Und es kann Wilhelm Pieck zugefügt werden: "Es geht darum, die deutsche Jugend zu befähigen, sich frei zu machen von dem faschistischen, militaristischen und imperialistischen Ungeist und sich einzureihen in die einheitliche antifaschistisch-demokratische Bewegung, die auf die demokratische Neugestaltung Deutschlands und auf die Sicherung des Friedens gerichtet ist und durch die sich das deutsche Volk wieder Achtung und Ansehen bei den anderen Völkern erwerben und seinen Platz in ihrer Gemeinschaft finden wird."⁷

Über die Schwere dieser Aufgabe bestand kein Zweifel. Denn die "ganze Tragik der Hitlerkatastrophe lastet auf der jungen Generation. Niemals war eine Jugend schändlicher verraten und vollständiger verführt worden. Kein anderer Teil der Bevölkerung hatte so sehr unter dem Einfluss faschistischer Ideologie und Propaganda gestanden wie die Jugend."⁸ So die Einschätzung Walter Ulbrichts.

Wesensmerkmale der Jugendpolitik bildeten von Anfang an: Vertrauen zur Jugend, keine Schuldzuweisung an die Jugend für die Verbrechen des Faschismus und Selbstvertrauen in die Kraft der Kommunisten, Antifaschisten und die Kraft der demokratischen, humanistischen und sozialistischen Ideen. Wilhelm Pieck: "Warum sollen wir Kommunisten mit unserer hohen Menschenliebe und Menschenglück, der von Freiheit und Frieden getragenen Weltanschauung nicht vielmehr die Jugend gewinnen, als es dem barbarischen Hitlerfaschismus mit seiner auf Mord beruhenden Kriegs- und Rassenideologie gelang."⁹

Bei der Einschätzung der Ausgangslage differenzierte die Partei sehr wohl die unterschiedliche Wirkung der nazistischen Verseuchung der Jugend. Sie war durch sehr unterschiedliche Faktoren bestimmt, nicht zuletzt durch die Altersstruktur. "Jugend" - das waren 1945 die zwischen 1920 und 1931 Geborenen. Sie lassen sich grob in drei Gruppen einteilen: Die von den Jahrgängen 1920 bis 1925 erleben Faschismus in ihrer ganzen Jugendzeit, unterliegen am längsten und intensivsten der faschistischen Indoktrination, stellen das Gros der "kämpfenden Truppe", erleiden die größten Verluste im Krieg. Die Jahrgänge 1926 bis 1929 erfahren ihre Erziehung in der faschistischen Schule, im "Jungvolk" und der HJ, erleben Faschismus im Niedergang und sein Ende. Jahrgänge 1930/31 ähnlich, aber in ihrer Mehrheit nicht mehr aktiv handelnd. Das ergab unterschiedliche Ausgangspositionen für die Jugendarbeit und zeitigte unterschiedliche Ergebnisse.

Die größte Altersgruppe der Jugendlichen machten 1945 die Jahrgänge 1927 bis 1931 aus - 41 %, davon 56 % weiblich, die Jahrgänge 1920 bis 1924 - nur 17 %, davon 83 % weiblich.

Geht man der Frage nach, wie sich die unterschiedliche Intensität der faschistischen Beeinflussung auf die Aktivität in den Jahren 1945 bis 1947 auswirkt, so stößt man auf folgende aufschlussreiche Zahlen: So gehörten 1946/47 bei einem Organisationsgrad von 30 % der Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren der FDJ fast jeder Zweite der 14- bis 17-Jährigen, aber nur jeder Vierte der 18- bis 25-Jährigen dem Jugendverband an.

Die Konzeption für die "Umerziehung" der Jugend umfasste alle Seiten: die politische Aufklärung und Schulung, die Einbeziehung in die Überwindung der Kriegszerstörungen und die Linde-

rung der Not von Alten und Kindern, in die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung, in den Kampf um den Erhalt der deutschen Einheit, aber ebenso Kultur, Sport und Spiel. Eine "Rang- und Reihenfolge" lässt sich da nicht aufstellen.

Die ersten Schritte in das neue Leben und zum neuen Denken, die von den Antifa-Jugendausschüssen gegangen wurden, waren praktische Taten, die Teilnahme an der Lösung der dringenden Tagesaufgaben. Jeder könnte von der Teilnahme an der Trümmerbeseitigung in Betrieben und Wohngebieten, an Aufbauarbeiten, am Holzeinschlag, der Hilfe für Alte und Kinder, der Einrichtung von Wärme- oder Nähstuben und vieles mehr berichten. Ja: "Das Land ruft seiner Jugend zu, die rostenden Maschinen" wieder in Gang zu setzen, dem Leben wieder einen Sinn zu geben, eine neue Perspektive zu eröffnen. Und sie sang "Das neue Leben muss anders werden" sowie "Du hast ja ein Ziel vor den Augen" oder "Bau auf, bau auf". Das waren entscheidende Motive für die Aktivität.

Davon ausgehend und daran anknüpfend entstand politisches Interesse, die Bereitschaft, sich auch gesellschaftlich zu engagieren. Gerade dabei waren die Kommunisten, Sozialisten und Antifaschisten die besten Berater und Wegbegleiter.

3. Die Verwirklichung der Jugendpolitik der Partei erfolgte mit großer Unterstützung der sowjetischen Freunde.

Heute ist jüngeren Jahrgängen kaum noch bewusst, dass sich alles unter den Bedingungen eines Besatzungsregimes vollzog. Im besetzten Deutschland geschah in keiner der vier Zonen etwas ohne die Zustimmung, ohne die Befehle der jeweiligen Besatzungsmacht. Die jugendpolitische Konzeption der KPD entstand in Abstimmung mit der Führung der Sowjetunion. Sie erhielt, wie aus den Notizen Wilhelm Piecks vom Gespräch mit Stalin am 4. Juni 1945 hervorgeht, dessen Segen. Pieck notierte: "Jugendausschüsse, Jugendkader 1 Monat schulen, Schaffung freie Jugendorganisation."¹⁰ Alles was dann kommt - die Rede Walter Ulbrichts auf der Funktionärsberatung der KPD in Berlin, die Gründung des Berliner Stadtjugendausschusses unter Leitung von Heinz Kessler (20. Juni), die Zulassung der Antifa-Jugendausschüsse durch die SMAD (31. Juli) - erfolgt danach. Das gleiche Prozedere ist bei der Zulassung der FDJ anzutreffen.

Hervorzuheben ist die Unterstützung der sowjetischen Kommandanturen für die deutschen Antifaschisten in verschiedenen Städten bei der Bildung von örtlichen Jugendausschüssen, unvergessen das Wirken der sowjetischen Kultur- und Jugendoffiziere.

Nicht zu vergessen: Die aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft Heimkehrenden brachten nicht nur das in Antifaschulen erworbene Wissen und Gesinnung mit nach Hause, sondern auch Erfahrungen des Komsomol, die sie bei ihrem Einsatz in Werken und Schächten kennen gelernt hatten. Komsomolzen waren in der Wismut die Initiatoren für die Bildung und die Arbeit von Jugendbrigaden der FDJ.

Nicht unerwähnt soll in diesem Zusammenhang bleiben, dass es das Antifa-Jugendkomitee der UdSSR und der Komsomol waren, die mit der Einladung von Erich Honecker und Paul Verner zur Teilnahme an der Völkerspartakiade der UdSSR und zum Komsomolkongress und dem legendären "Friedensflug nach Osten" die Tore zur internationalen Anerkennung der FDJ aufstießen. Welches Bild man zu diesem Zeitpunkt von der deutschen Jugend hatte, brachte der polnische Vertreter im WBDJ auf dem II. Parlament der FDJ zum Ausdruck: "Vor uns steht das Bild der jungen Deutschen mit der Hakenkreuzbinde am Arm und in der schwarzen Uniform der SS mit dem Totenkopf an der Mütze."

Anders als die Haltung der sowjetischen Besatzungsmacht war die der westlichen Besatzer. Die sächsischen Genossen erfuhren das anfänglich auf drastische Weise. Während in Dresden, das zur Sowjetischen Besatzungszone gehört, der Stadtjugendausschuss ein umfangreiches Programm des Antifa-Jugendausschusses zur Mitarbeit am Neuaufbau, zur Umerziehung der Jugend und politischer Bildung usw. veröffentlicht, mussten Zusammenkünfte von jungen Antifaschisten in dem von den Amis besetzten Leipzig mit dem aus dem KZ Buchenwald in seine Heimatstadt zurückkehrenden Hermann Axen illegal stattfinden. Nach dem Abzug der Amerikaner stehen die Leipziger den Dresdnern mit ihrer Aktivität nicht nach. An diesem Beispiel möchte ich nur die unterschiedliche Haltung der Besatzungsmächte andeuten.

Bei anzutreffenden Unterschieden der drei westlichen Mächte ist sie einheitlich auf die Unterbindung bzw. Beschränkung der politischen Betätigung demokratischer Organisationen, auf die Förderung katholischer bzw. evangelischer Vereine und auf die Zersplitterung der Jugendbewe-

gung gerichtet. Erst ab Ende Oktober 1945 wurde die Genehmigung für die Bildung von Jugendgruppen - und das nur auf örtlicher Ebene unter Verbot jeglicher politischer Betätigung - erteilt. Die Entwicklung sollen einige Zahlen verdeutlichen:

1947 in US-Zone: Von 2,3 Millionen Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren sind etwa eine Million organisiert:

393 000 in religiösen Gruppen (40 %)	83 000 in gesellschaftlichen Gruppen) 7,3 %)
325 000 in Sportvereinen (41 %)	65 000 in Gewerkschaftsgruppen (5,8 %)

Britische Zone:

250 000 Katholische Jugend	33 000 FDJ
240 000 Evangelische Jugend	32 000 Sozialistische Jugend
100 000 Sportjugend	10 000 Bündische Jugend. ¹¹

Zum Vergleich: 1947 gehörten in der SBZ:

427 000 der FDJ = 19 % der Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren an.¹²

500 000 waren Mitglied des FDGB, 8363 junge Arbeiter waren in Betriebsräte gewählt.

248 400 Mitglieder der SED (13,8 %) waren zwischen 16 und 25 Jahren.¹³

1 700 junge Liberaldemokraten und

1 300 junge Mitglieder der CDU gehörten der FDJ an.

In dieser kurzen Zeit wurde Beispielhaftes für die Jugend und durch die Jugend vollbracht. Im Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes der SED wurden beeindruckende Fakten und Zahlen genannt.¹⁴ Ich verweise dabei nur auf den Kampf um die Verwirklichung der "Vier Grundrechte der jungen Generation", auf die Zehntausende Neulehrer, die die Schulreform ermöglichten, und die große Zahl von Kadern, die durch die FDJ für die Partei, die staatlichen Organe, gesellschaftlichen Organisationen, für die Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur hervorgebracht wurden. Die hier Anwesenden sind die lebendige Verkörperung.

4. Zahlen sagen viel, aber nicht alles aus

Oft verklärt die Erinnerung an die damalige Zeit, an den Enthusiasmus und die Begeisterung der "damaligen Jugend" den Blick der Akteure von einst. Dabei wird vergessen, dass wir anfangs nur ein kleines Häuflein waren. In Berlin konnte der Antifa-Jugendausschuss unter Leitung von Heinz Kessler viele für Entrümmungsarbeiten und andere Aktivitäten, auch zur ersten Jugendkundgebung im Juli 1945 mobilisieren, aber als mit einem Jahr Verspätung die FDJ durch die alliierte Kommandantur auch in der Viersektorenstadt zugelassen wurde, gehörten ihr Ende 1947 noch nicht einmal 10 000 Jugendliche (etwa 2 % der Berliner Jugend) an. Es wurden mehr und mehr, aber es handelte sich doch nur um die Minderheit.

Quasi als Beispiel "klassischer" Überbewertung, vor allem des erreichten Bewusstseinsstandes, nenne ich die Einschätzung Otto Grotewohls auf der 20. Tagung des Parteivorstandes der SED (Juli 1949). Es stellt einen Bruch mit der bis dato realistischen Einschätzung der Arbeitsergebnisse dar. Ich zitiere:

"Durch den stürmischen Jubel, mit dem Vertreter unserer Partei bei ihren Ansprachen (auf dem III. Parlament der FDJ) empfangen wurden, kam zum Ausdruck, dass in der FDJ eine große, ja ich möchte sagen, restlose Aufgeschlossenheit unserer Partei gegenüber besteht. In unserer Jugend geht ein politischer Reifeprozess vor sich, der die Erkenntnis beschleunigt, dass durch die Partei die wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes und seiner Jugend vertreten werden."¹⁵

Die Wirkung von Jubel haben wir auch aus späteren Zeiten auf der 1. Mai-Tribüne in Erinnerung.

Ein verlockendes Problem, das zu untersuchen wäre, sind die Konsequenzen, die aus der Zäsur der Entwicklung 1947/48 für den Inhalt der politisch-ideologischen Arbeit generell und die Erziehung der jungen Generation im Besonderen gezogen wurden. Das könnte ja vielleicht ein Thema zukünftiger Veranstaltungen sein.

5. Eine Lehre

Die Partei Die Linke könnte aus den Erfahrungen der "linken Parteien" von 1945 manches lernen. Man sollte sich darauf besinnen, dass, so ungünstig auch die Bedingungen sein mögen, es möglich ist, Teile der jungen Generation für linke Politik zu gewinnen. Allerdings: Den Willen und

eine klare Linie, die den Interessen der jungen Leute entspricht, vorausgesetzt. An beides müsste gearbeitet werden.

Anmerkungen

- 1 Hitler am 2. Dezember 1938 in Reichenberg, in: Karl Bittel: Kleine Dokumentensammlung, Berlin 1950.
- 2 Anton Ackermann: Der Kampf der Partei um die werktätige Jugend, in: Die Brüsseler Konferenz der KPD (3. - 15. Oktober 1935), Dietz Verlag, Berlin 1975, S. 362, 369.
- 3 Peter Erler, Horst Laude, Manfred Wilke: Nach Hitler kommen wir, S. 287.
- 4 Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 446
- 5 J. R. Becher: Vortrag von Februar/März 1945, in: Nach Hitler kommen wir, a.a.O., S. 335 ff.
- 6 Protokoll des Vereinigungsparteitages von SPD und KPD, Verlag JHW Dietz Nachfolger, Berlin 1946, S. 204 f.
- 7 Wilhelm Pieck: An die Jugend, Verlag Neues Leben, Berlin 1955, S. 83.
- 8 Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 169.
- 9 Wilhelm Pieck: 21. November 1945.
- 10 R. Badstübner/W. Loth: Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945 - 1953, Akademie Verlag, Berlin 1994, S. 50.
- 11 Abriß zur Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung, Bd. 2, Verlag Junge Welt, Berlin 1966, S. 97 ff.
- 12 Protokoll des II. Parlaments der FDJ, Verlag Neues Leben, Berlin 1955, S. 121.
- 13 Protokoll des II. Parteitages der SED, Dietz Verlag, Berlin 1947, S. 100.
- 14 Ebenda.
- 15 Otto Grotewohl: An die Jugend, Verlag Neues Leben, Berlin 1955, S. 85.

Prof. Dr. Ernstgert Kalbe

Europäische Integration und osteuropäische Desintegration in der Konsequenz des politischen Systemumbruchs von 1989¹

Wenn heute vom "Realsozialismus" in Osteuropa - real so, wie er eben war - die Rede ist, schwanken die Aussagen mitunter von nostalgischer Verklärung bis zu kategorischer Verteufelung, häufig ohne die Frage nach den Gründen für dessen Untergang an seine Herkunft und deren Ursachen, an innere Existenzbedingungen und äußere Kräftekonstellationen zu binden.

Real bilden heute kapitalistische Integration und osteuropäische Desintegration zwei ursächlich miteinander verbundene, im internationalen Kräfteverhältnis wurzelnde Seiten einer Sache:

- der Untergang des osteuropäischen Sozialismus, der den neuerlichen Übergang zum globalen Kapitalismus bewirkte, teils selbstverschuldet, teils von außen geschürt, verwandelte Osteuropa in ein ausgebeutetes kapitalistisches Marktanhängsel, wobei die "Neuordnung" Osteuropas noch längst nicht beendet ist;

- Osteuropa unterliegt einem gravierenden sozialpolitischen und ökonomischen Strukturwandel zugunsten der europäischen kapitalistischen Zentrumsmächte, der noch nicht abgeschlossen ist, wobei sich die soziale Differenzierung der Bevölkerung - in arm und reich - verschärft, neue politische und Klassengegensätze zunehmen; dabei werden linke Kräfte und Parteien zurückgedrängt, während sich rechte Kräfte und Parteien im Vormarsch befinden;

- während gegenwärtig die meisten osteuropäischen Länder - mit unterschiedlichen Prioritäten - in die NATO und in die EU drängen, behandeln die USA wie die EU diese Länder differenziert: Polen und Ungarn werden als Speerspitze gegen Russland gebraucht, können von den USA bei Bedarf aber auch gegen eine Vormachtstellung der EU gerichtet werden; deshalb verfolgen die westlichen Großmächte eine differenzierte Politik der Aufnahme osteuropäischer Länder in die NATO bzw. EU; das richtet sich jedenfalls gegen Russland, danach auch gegen Serbien, ließe sich eventuell aber auch gegen die Ukraine und notfalls selbst gegen die EU einsetzen;

- die NATO errichtet vornehmlich US-Militärbasen in Osteuropa - Bondsteel im Kosovo, im bulgarischen Burgas, im rumänischen Constanta, im ungarischen Tazsar, eventuelle Raketen-Abwehr-Basen in Polen und Tschechien - vorerst von US-Präsident Obama vertagt - dafür jüngst in Rumänien neu geplant; die USA richten Militärmissionen in Georgien, in Aserbaidschan und der Ukraine ein, verstärken ihre Stützpunkte am Balkan (Bosnien-Herzegowina, Kosovo) und in den

mittelasiatischen Republiken, und bedienen sich dafür deutscher Flughäfen, z. B. Frankfurt a. M. und Leipzig;

- in Osteuropa entfalten sich (nachholender) Nationalismus und nationalistische Konflikte, verbunden mit Aus- und Umsiedlungen sowohl im "nahen Ausland" Russlands (Baltikum, Kaukasus, Mittelasien) als auch am Balkan (Mazedonien, Kosovo), in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, was angeblich bald von der EU überwunden würde; statt dessen entstehen ethnisch "reine" Territorien, z. B. im bisher trinationalen Bosnien-Herzegowina oder in Kroatien (Krajina).

I. Innere und äußere Ursachen der Implosion des Realsozialismus

1. Ein ererbter Produktivitäts- und Effektivitätsrückstand Osteuropas als Folge der verspäteten und nur partiellen kapitalistischen Entwicklung der Region (durch späten Nachvollzug der Industrialisierung) und das lange Fortwirken konservierter vorkapitalistisch-feudaler Strukturen in Russland und am Balkan.

2. Das Weiterwirken des traditionellen politischen Etatismus des feudalen Ostens als Konsequenz hierarchisch-absolutistischer Strukturen und von Demokratiedefiziten (fehlende bürgerliche Demokratie, basierend auf vorbürgerlicher Sozialstruktur: Monarch, Adel, Militär, Bürokratie, Händler, Handwerker, Bauern, Pauperes): *ot samoderzavie carej* - im Feudalismus - *samovlastiju generalnyh sekretarjei* - im Sozialismus.

3. Unifizierung und Kollektivierung einer traditionellen Ständegesellschaft (herrschende Nomenklatura, Bürokratie, Arbeiter, Bauern, Angestellte, Intelligenz) gegen Diversifizierung und Individualisierung einer bürgerlichen Gesellschaft von Klassen und Schichten.

4. Eine entwicklungsbedingte Paradoxie im Sozialismus: die soziale Differenzierung der Gesellschaft hin zur Nationsformierung als Folge ökonomischer Entwicklung - entgegen der postulierten sozialen Annäherung und Internationalisierung: mit ökonomischer Modernisierung werden *Ethnien/Völkerschaften zu Nationen*; viele osteuropäische Gesellschaften befinden sich seit 19./20. Jahrhundert im *Nachvollzug sozial differenzierter Nationwerdung*, teils unter Umgehung der kapitalistischen Gesellschaft, teils in Anknüpfung an feudale Strukturen. *Nationwerdung in Ost- und Süd-osteuropa war einerseits objektiver*, von inneren Bedingungen diktiert, historisch verspäteter Prozess, *andererseits politisch instrumentalierter*, von außen und im jeweiligen Interesse imperialistischer Vorherrschaft geschürter Prozess.

Frage: was (und wann) waren in Osteuropa ausgeprägte Nationen? Russen, Ukrainer, Armenier, Georgier, Polen, Tschechen, Ungarn, Kroaten, Serben, Rumänen, Bulgaren, Griechen, differenziert zwischen 18. und 19. Jahrhundert - weitere?

5. Innere Demokratiedefizite des Realsozialismus im Gefolge feudal-etatistischer Traditionen des zaristisch-orthodoxen Russlands, des monotheistisch-islamischen und feudal-etatistischen Osmanenreichs und der absolutistisch-katholischen Habsburger Doppelmonarchie, deren Entwicklung als Vielvölkerstaaten mit einer jeweils herrschenden ethnischen Oberschicht (Russen, Türken bzw. Deutsche) auf graduell verschiedenen (nicht-) kapitalistischen Wegen der Entwicklung verlief. Der *Stalinismus* war insofern *eine mögliche, jedoch nicht unausweichliche Konsequenz* einer monotheistischen und etatistischen *vorkapitalistischen Gesellschaftsstruktur*.

6. Die ungleiche Systemauseinandersetzung zweier ökonomisch und politisch unterschiedlich entwickelter Gesellschaftssysteme, eines im Hinblick auf seine Produktivkräfte fortgeschrittenen Kapitalismus und eines demgegenüber rückständigen Sozialismus, ging hinsichtlich des realen Kräfteverhältnisses für die progressive Gesellschaftsordnung verloren. Die unerbittliche Konfrontation und partielle Kooperation der Systeme endete unter imperialistischem Druck und angesichts unausweichlichen Nachvollzugs von Produktivkraftentwicklung mit einer Niederlage des Sozialismus: vgl. Stahl versus Plaste, Elektronik versus Elektrifizierung, Automatisierung versus Mechanisierung, wissenschaftlich-technische Revolution versus Rationalisierung, Förderung von Export von Rohstoffen versus Import industrieller Fertigprodukte etc.

Die historische Rückbesinnung des Realsozialismus galt im eigenen Traditionsdenken eher feudalen Vorformationen seines kapitalistischen Antipoden bzw. bezüglich des politischen Systems eher Erscheinungsbildern des feudalen Etatismus (einer Ständegesellschaft) als Formen des bürgerlichen Demokratismus.

Dennoch bewirkte der Realsozialismus den historischen Nachvollzug von Industrialisierung und gesellschaftlicher Modernisierung, die Überwindung feudaler Rückständigkeit und eine sozialstrukturelle Erneuerung der Gesellschaft, die Ausprägung von Nationen (und nationaler Bewusst-

heit) aus vorbürgerlichen Ethnien bzw. Völkerschaften, was die Gefahr von Konflikten mit postulierten internationalistischen Zielen mit sich brachte. Zudem bewirkte die Systemkonfrontation und der damit verbundene Rüstungswettlauf, der zirka drei Viertel des sowjetischen Nationaleinkommens verschlang, anstelle des Übergangs zur *Neuen Ökonomischen Politik* (Lenin) die Einführung eines wirtschaftlichen *Kommandosystems* mit Wettbewerbs- und Innovationsdefiziten, ohne reale ökonomische Anreize, dafür aber mit einem bürokratischen Leitungssystem.

Die Ironie der Geschichte will es, dass sich der Prozess der *kapitalistischen Europäischen Integration (EU-Integration)*, der bereits als EWG-Kooperation 1957 mit dem *Vertrag von Rom* begonnen hatte, mit der Implosion des Realsozialismus seit den 90er Jahren stark beschleunigt hat, um Osteuropa erneut ökonomisch zu vereinnahmen, es wieder in die kapitalistische Weltwirtschaft zu integrieren. Der 35-jährigen westeuropäischen EWG-Periode folgte in 15 Jahren die Formierung einer *Europäischen Union*, die heute schon 27 Mitglieds- und drei resp. vier Kandidatenländer (Kroatien, Mazedonien, Slowenien und die Türkei) umfasst und eine neue Stufe imperialistischer Ostexpansion verkörpert, wie niemals zuvor in der Geschichte. Die rasche EU-Entwicklung ist zugleich Ausdruck für die Niederlage des Realsozialismus in der Systemkonfrontation:

- Vertrag von Maastricht zur Gründung der EU - 7. 2. 1992 - ratifiziert 1. 11. 1993;
- Schengener Abkommen II über Grenz-, Sicherheits- und Asylpolitik - 1990/95 (Schengen I 1985 über Grenzkontrollen);
- Fixierung der Kopenhagener Beitrittskriterien (Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft) - 1993 / ratifiziert;
- Vertrag von Amsterdam (Überarbeitung) - Juni 1997 / 1. 5. 1999 in Kraft;
- Verabschiedung Lissabon-Strategie: EU bis 2010 dynamischster Wirtschaftsregion der Welt - 2000;
- Vertrag von Nizza: nochmals überarbeitetes Vertragswerk wegen EU-Aufnahme der osteuropäischen Länder - 2001/2003;
- Ersatz der nationalen Währungen durch den Euro (zuerst als Buchwährung am 1. 1. 1999, dann als Geldwährung zunächst für 11 Länder, danach für 15 Länder, heute für 27 Länder) - 1. 1. 2002;
- Osterweiterung der EU durch Neuaufnahme von 10 Staaten, darunter von 8 ehemals sozialistischen Ländern: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Tschechien sowie Malta und Zypern - 1. Mai 2004;
- Vertrag von Lissabon, relativierte Variante des Römischen Vertrags; Irland und Dänemark ratifizieren nach 2. Volksentscheid; inzwischen auch Tschechien - 2007;
- Zweite Osterweiterung der EU: Bulgarien, Rumänien werden aufgenommen; Kandidatenstatus für Kroatien, Mazedonien, Türkei; noch offen bleiben: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien, Kosovo - 1. 1. 2007 (dabei verfügt Montenegro längst über DM und Euro; Albanien de facto).

II. Russland heute - Probleme, Grenzen und Chancen

Der Zusammenbruch der sozialistischen Sowjetunion bewirkte den staatlichen Zerfall der UdSSR, die Bildung der instabilen "Gemeinschaft Unabhängiger Staaten" (GUS) sowie die Entstehung selbständiger baltischer Staaten (Estland, Lettland, Litauen), weiterer europäischer Nachbarstaaten (Belarus, Russische Föderation, Ukraine, Moldova), die Bildung selbständiger mittelasiatischer (Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan) und kaukasischer Republiken (Georgien, Armenien, Aserbaidschan) sowie in deren Rahmen die Entstehung weiterer autonomer Staaten, Regionen und Gebiete. Im Dezember 1991 hatten die Präsidenten Russlands (Boris Jelzin), der Ukraine (Leonid Krawtschuk) und Belorusslands (Stanislaw Schuschkewitsch) im weißrussischen Beloweshsk (bei Brest-Litowsk) die UdSSR - ohne jede legitimierte Vollmacht - aufgelöst und statt dessen eine "Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) proklamiert, die faktisch eine fiktive Institution blieb, zumal sie völkerrechtlich ohne politische Legitimation der anderen Unionsstaaten blieb.

Dieser verfassungsrechtlich illegitime Schritt löste jedoch die nachfolgende Sezession der mittelasiatischen Republiken Kasachstan; Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan aus - nachdem zuvor bereits die baltischen und kaukasischen Republiken ihre Unabhängigkeit erklärt hatten. Damit war die ehemalige *Union von 15 Republiken* definitiv Vergangenheit.

Das *heutige Russland* als Kernland des vormaligen Unionsstaates ist damit (Ausnahme das 1945 angeschlossene nördliche Ostpreußen/Kaliningrad) zurückgestutzt auf sein Territorium im

18. Jahrhundert, das heißt auf die (Vor-)Petrinische Zeit (gest. 1725), auf die Zeit des Nordischen Krieges gegen die Schweden (1700 - 1721), territorial kleiner als zur Zeit Katharinas (1762 - 1796), während der Türkenkriege (1768/74) oder zu den drei polnischen Teilungen 1772, 1793, 1795; territorial sogar schlechter als zur Zeit der Vereinigung mit der Ukraine unter Bogdan Chmelnitzkij 1654, das heißt also vor gut 350 Jahren.²

Die neu gebildeten Staaten des Kaukasus und Mittelasiens wurden zur Arena der Auseinandersetzung um politische Macht und ökonomischen Einfluss zwischen Russland, den USA und zunehmend auch Chinas, nicht zuletzt wegen der Erdöl-Leitungen in bzw. von der mittelasiatischen Region; freilich mit noch unklarem "open end". Die weltpolitische Lage könnte sich neigen zu:

- einer fragilen, amerikanisch kontrollierten Erdöltrasse vom Kaspischen Meer durch die Kaukasusstaaten bis zu dem nordtürkischen Hafen Ceyhan, gestützt auf die GUUAM-Staaten Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidshan und Moldova (1999), die eine Basis im "Antiterrorkrieg" bilden sollen;

- die mittelasiatischen Staaten, die Bewegungsfreiheit zwischen einem aktiven Russland in der Nachbarschaft und als Basis für reale Wirtschaftsbeziehungen entsprechend traditionellen Bindungen der GUS-Region pflegen, Erdöltrassen kontrollieren und zudem erhoffte Sonderbeziehungen mit den USA erwarten;

- zunehmende Beziehungen mit dem aufstrebenden China, das zum Magneten eines Fernost-Bündnisses (Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit: China, Russland, Indien, mittelasiatische Staaten) werden könnte, das die politische Weltachse nach Osten verschieben und damit die Bewegungsfreiheit der Mitgliedsländer erhöhen könnte;

- die EU-Anstrengungen der BRD u. a. zur Mitwirkung an der Lösung internationaler Konflikte in Krisenregionen könnten zur Narrenposse im amerikanischen, chinesischen oder russischen Vorgarten der Weltpolitik werden.

III. Politische und territoriale Struktur des heutigen Russlands und der Nachbarn

- Gerade für **Russland** gilt, dass sich die fortschreitende europäische Integration mit dem Prozess zunehmender Desintegration der russischen Föderation, d. h. ihrer staatlichen Subjekte verbindet. Das gilt nicht nur für den Zerfall der staatlichen Einheit der 15 Unionsrepubliken der UdSSR, sondern nachgeordnet auch für die staatliche Bindung der direkten Föderationssubjekte Russlands, das nunmehr aus 83 Föderationssubjekten unterschiedlicher staatsrechtlicher Stellung besteht: nämlich 21 Republiken, 1 automes Gebiet, 4 autonome Kreise, 9 Regionen, 46 Gebieten (Oblasti) und 2 föderative Städte (Moskau und St. Petersburg), die insgesamt ca. 145 Millionen Einwohner zählen. Um weiterem staatlichen Zerfall zu begegnen, hat Präsident Putin 7 große übergreifende Föderative Kreise mit *ernannten Generalgouverneuren* gebildet, was freilich die souveränen Vollmachten der einzelnen staatlichen Subjekte beschränkt. Während der Zeit der Sowjetunion lebten im Kaukasus, in Mittelasien (und in Fernost) zudem rund 25 Millionen Russen, von denen gegenwärtig dort noch zwischen 10 bis 16 Millionen, das heißt im sogenannten "Nahen Ausland", verblieben sind. An der Spitze der russisch-orthodoxen Kirche, die über das territoriale Gebiet der Russischen Föderation hinausgreift und deren Gewicht wesentlich gewachsen ist, stand bis zu seinem Tode Patriarch Alexej II., danach Patriarch Kirill.

- Die Republik **Belarus** mit ihren ca. 10 Millionen Einwohnern unter Präsident Alexander Lukaschenko, ehemals Luftwaffenoffizier und Kolchosvorsitzender, der den prowestlichen Erwartungen auf eine Westbindung des Landes - im Gegensatz zum Vorgänger Schuschkewitsch - nicht entspricht, sondern sich auf gute Beziehungen mit der Russischen Föderation orientiert, wird deshalb häufig als "outpost of tyranny", seine Präsidentschaft als "Diktatur" verunglimpft. Belarus umfasst 6 Territorialgebiete: Brest, Grodno, Gomel, Mogiljow, Witebsk und Minsk. In seinen westlichen Gebieten ist polnisch-katholischer Einfluss spürbar, der sich auf die katholische Kirche um Prälat Sljup (Sitz in Pinsk) stützt. Eine enge russisch-belorussische Kooperation ist, trotz mancher Konflikte, zum Beispiel bei gegenseitigen Importpreisen, schon wegen der in Belarus stationierten Rüstungsindustrie politisch geboten.³

- Die **Ukrainische Republik** mit ca. 50 Millionen Einwohnern umfasst 24 Bezirke, die Autonome Republik Krim (der Ukraine 1954 von Chruschtschow zur 200-jährigen Vereinigung mit Russland "geschenkt") und zwei selbständige Städte: Kiew und Sewastopol. Die RUCH-Bewegung erklärte 1991 die Unabhängigkeit; unter der Herrschaft von Präsident Kutschma spaltete sich die Gesellschaft in den 90er Jahren in die prorussische "Partei der Regionen" (Wiktor Janukowitsch) im industriellen Osten des Landes, in ein prowestliches Wahlbündnis "unsere Ukraine" (Wiktor Juscht-

schenko) und den dezidiert prowestlichen "Block Julia Timoschenko" (BJUT) auf, was 2004/05 mit der sogenannten "orangenen Revolution" in eine engere Westbindung und den gesuchten Anschluss an NATO und EU mündete.⁴ Freilich blieb die Bereitschaft des Westens zur EU-Aufnahme der Ukraine in engen Grenzen - im Gegensatz zum gewünschten und forcierten NATO-Beitritt. Präsidentschaftswahlen im Februar 2010 brachten nicht zuletzt wegen der nur halbherzigen Westanbindung der Ukraine den Sieg von Wiktor Janukowitsch, der die Ukraine als blockfreien Staat zwischen EU und Russland etablieren und eine "Brücke von Ost zu West" bauen möchte. Seine Antrittsbesuche führten Janukowitsch sowohl nach Brüssel als auch nach Moskau; die Beziehungen zu Russland und anderen früheren Sowjetrepubliken sollen im Vordergrund seiner Außenpolitik stehen, so betonte der neue Präsident der Ukraine in Moskau.

Die ukrainisch-orthodoxe Kirche um Patriarch Filaret von Kiew, nach ihm um Metropolit Wladimir (Wolodimir), konkurriert und kooperiert mit der russisch-orthodoxen Kirche in Moskau (Patriarch Kirill); jedenfalls empfing der Präsident Janukowitsch kürzlich in Kiew gemeinsam sowohl den Metropolitan Wladimir als auch den Patriarchen Kirill, um Kooperationsbereitschaft zu bekunden; daneben besteht in der Westukraine eine aktive griechisch-katholische Kirche.

- Die **mittelasiatischen Republiken**, die sich von der bereits 1990 verkündeten staatlichen Souveränität wohl mehr versprochen haben und um deren außenpolitische Orientierung zugleich ein hartes internationales Ringen stattfindet, *können nicht ohne Russland, wollen nicht ohne China, möchten aber auch nicht ohne die USA agieren*. Deshalb halten sie sich möglichst mehrere Optionen offen, sehen sich aber zugleich zur Mitwirkung in der *Schanghai Organisation für Zusammenarbeit*, gegründet 1996 und erweitert 2002, mit China, Russland und Indien veranlasst. Diese weltpolitisch neue Achse eröffnet ihren Mitgliedern - Kasachstan, Kirgistan, Tadshikistan, Turkmenistan und Usbekistan - zudem weite politische Spielräume. Stets geht es dabei auch um Verfügung und Kontrolle über die Erdölrouten in Mittelasien.

Die innenpolitischen Verhältnisse der weitgehend islamisch dominierten mittelasiatischen Staaten sind durch vorbürgerliche (oder auch sowjetische) Clanstrukturen geprägt, die durch "moderne" Parteibildungen nach westlichem Muster notdürftig "demokratisch" überlagert und kaschiert werden. Das begründet eine religiös motivierte Machtfülle der Staatsoberhäupter in den durchweg islamischen Präsidialrepubliken, die sich schon mal - wie der erste turkmenische Präsident Saparmurad Nijasow als "Turkmenbashi" - als "Vater der Nation" verstehen.

Kasachstan, Hauptstadt Alma Ata (Almaty), mit 2,7 Millionen km² und gut 15 Millionen Einwohnern in 14 Regionen und 2 Städten (Almaty, Astana) mit Sonderstatus sowie dem Sonderbezirk Baikonur (russische Weltraumstation) ist die größte der Republiken, in der 57 % Kasachen, 27 % Russen, je 3 % Ukrainer und Usbeken sowie weitere Minderheiten (Deutsche, Tataren, Uiguren) leben; 65 % sind sunnitische Muslime und 35 % orthodoxe Christen. Staatspräsident Nursultan Nasarbajew, seit 1990 Staatschef, 2007 als Chef der "Paartei des Lichts" wiedergewählt, verfügt im Parlament (Madschlis) über 88 % der Sitze, das heißt über 98 von 107 Mandaten. Kasachstan ist als Erdölförderland im Kaspischen Meer/Kaschagan mit 17 % Förderanteil Mehrheitseigner eines internationalen Konsortiums und war 2007 mit 67,5 Mio Tonnen zweitgrößter Erdölproduzent in der GUS. Mit Russland und China ist Kasachstan durch Erdölpipelines verbunden.

Kirgistan, Hauptstadt Bischkek, mit knapp 200 000 km² und 5,2 Millionen Einwohnern, davon ca. 2/3 Kirgisen, 14 % Usbeken und 12 % Russen bzw. 75 % sunnitische Muslime und 20 % orthodoxe Christen, gehört (neben Tadshikistan) zu den kleineren mittelasiatischen Republiken und verfügt über den strategischen Flughafen Manas, meistbietend an die USA oder Russland vermietet. Staatspräsident zuerst Askar Akajew, seit 1995 Kurmanbek Bakijew, stützt sich auf die Partei Ak Dschol (Leuchtender Pfad), die im Parlament über 71 von 90 Sitzen verfügt, während Sozialdemokraten 11 und Kommunisten 8 Sitze haben. März 1995 fand die "Tulpenrevolution" statt, deren Unruhen Akajew stürzten. Kirgistan exportiert Edelsteine und Edelmetalle, Perlen und Mineralien.

Tadshikistan, Hauptstadt Duschanbe, gut 140 000 km² und 6,6 Millionen Einwohner, davon 80 % Tadshiken, 15 % Usbeken, 1 % Russen; 80 % sunnitische und 5 % schiitische Muslime, daneben eine Minderheit orthodoxer Christen. Staatspräsident ist Emomalii Rachmanow (Rahmon) seit 1992, gestützt auf die Volksdemokratische Partei, die seit 2005 über 52 von 63 Sitzen verfügt. Tadshikistan importiert Erdölprodukte und Erdgas, während Aluminium und Baumwolle exportiert werden; im Winter 2007/08 erlitt das Land eine Energie- und Ernährungskrise, die von Unruhen begleitet waren.

Turkmenistan, Hauptstadt Aschhabat, knapp 500 000 km² mit ca. 5 Millionen Einwohnern, davon 85 % Turkmenen, 7 % Russen, 5 % Usbeken und weiteren Minderheiten; 90 % sind sunnitische Muslime und 9 % orthodoxe Christen. Staats- und Regierungschef (nach Saparmurad Nijasow) seit 2007 Gurbanguli Berdimuhammedow, gestützt auf die "Demokratische Partei Turkmenistans", die alle 50 Sitze im Parlament (Madshlis) innehat sowie den Volksrat (2500 Mitglieder) kontrolliert. Turkmenistan exportiert Erdgas, Erdöl und Baumwolle; es importiert Fertigerzeugnisse und Konsumgüter; es bemüht sich um Wirtschaftsbindung zur EU.

Usbekistan, Hauptstadt Taschkent, weitere Städte: Samarkand, Andishan, Buchara und Kokand; knapp 500 000 km² mit 26,5 Millionen Einwohnern, davon 74 % Usbeken, 5,5 % Russen, 5 % Tadshiken, 4 % Kasachen und weiteren Minderheiten (Krimtataren, Karakalpaken, Koreaner); 90 % sind sunnitische Muslime, daneben gibt es christliche und jüdische Minderheiten. Staatspräsident ist seit 1991 Islam Karimow, zuletzt Dezember 2007 mit 88 % im Amt bestätigt; er stützt sich auf die Volksdemokratische Partei (ehemals KP); daneben existiert eine (gleich-)starke Liberaldemokratische Partei. Usbekistan importiert Maschinen, Ausrüstungen, Chemieerzeugnisse, Eisen und Buntmetalle und exportiert Baumwollfasern, Energieträger und Metalle. OSZE und EU kritisieren Demokratiedefizite im Land; Karimow signalisierte der NATO (Ratstagung 2008 in Bukarest) Zugeständnisse, zum Beispiel durch Öffnung einer Transitroute nach Afghanistan; zugleich stärkt Usbekistan die GUS-Kooperation.

- Schließlich **die Kaukasusregion** mit den Republiken *Armenien, Aserbaidshan und Georgien (Grusinien)* und den vorgelagerten südlichen Gebieten *Russlands: Adygien, Dagestan, Igsuschetien, Kabardino-Balkarien, Karatschai-Tscherkessien, Nord- und Südossetien, Tschetschenien*, die eine wichtige Rolle für die Verbindung vom Kaspischen zum Schwarzen Meer und für die Kontrolle der Erdölleitungen von Mittelasien nach Russland und Europa spielen und zugleich strategische Bedeutung für die Kontrolle der Südgrenzen Russlands besitzen.⁵ Nachfolgend knappe Angaben zu den drei Kaukasus-Republiken:

Armenien, Hauptstadt Jerewan, knapp 30 000 km², 3 Millionen Einwohner, davon 98 % Armenier, je 1 % Russen und Kurden; orthodoxe Christen der armenisch-apostolischen Kirche; Unabhängigkeit 21. 9. 1991 (erneut nach 1918 - 1920); Staatspräsident seit 2008 Sersch Sarkissjan, davor Robert Kotscharjan, gestützt auf die Republikanische Partei (nach Mai-Wahlen 2007 64 von 131 Parlamentssitzen); im Frühjahr 2008 zeitweilig Unruhen um das Resultat der Präsidentenwahl und Ausnahmezustand. Latenter Konflikt mit Aserbaidshan um staatliche Zugehörigkeit der armenisch besiedelten Region Nagornij-(Berg-)Karabach: nach dem Krieg 1991 - 1994 kam es im März 2008 erneut zu armenisch-aserbaidshanischen Gefechten, die von der UNO verurteilt und deren Lösung von der Minsker OSZE-Gruppe (Frankreich, Russland und die USA) moderiert wurde. Wirtschaftliche Zusammenarbeit verläuft vor allem mit Iran(Erdgaspipeline) und Russland (Uranförderung); stärkerer Import (Edel- und Eisenmetalle, Nahrungsgüter, Mineralien, Maschinen, Anlagen) als Export (Edelsteine, Perlen, Eisenmetalle, Nahrungs- und Genussmittel).

Aserbaidshan, Hauptstadt Baku, knapp 87 000 km², 8,5 Millionen Einwohner, davon 90 % Aseri, 2 % Lesgier, 2 % Russen, 1,5 % Asmenier und andere; 90 % Muslime (davon 65 % Schiiten und 35 % Sunniten) sowie christliche Minderheiten; die Unabhängigkeit wurde am 18. 10. 1991 verkündet (erneut nach 1918 - 1920); Präsident ist seit Oktober 2003 Ilham Alijew; seit der Parlamentswahl vom November 2005 regiert die Partei "Neues Aserbaidshan" mit 56 von 125 Sitzen; neben dem armenisch kontrollierten autonomen Gebiet Berg-Karabach besteht die in Armenien gelegene, aserische Autonome Republik Nachitschewan. Beachtliches Wirtschaftswachstum bei stärkerem Export (Primärenergieträger) als Import (Maschinen, Anlagen, Fahrzeuge, Energieträger, Metalle, Nahrung).

Georgien, Hauptstadt Tbilissi, knapp 70 000 km², 4,5 Millionen Einwohner, davon 84 % Georgier, 7 % Aseri, 6 % Armenier, 2 % Russen, 1 % Osseten; 84 % orthodoxe Christen, 10 % Muslime, 4 % armenisch-apostolische Kirche. Staatspräsident Micheil Saakaschwili seit Januar 2004 (Wiederwahl 5. 1. 2008), davor Eduard Schewardnadse; Verfassung der Präsidialrepublik von 1995; letzte Parlamentswahlen im Mai 2008 brachten der Regierungspartei "Vereinte Nationale Bewegung" 120 von 150 Sitzen, der "Vereinten Opposition" 18, der Arbeitspartei 6 und der Christlich-Demokratischen Partei 5 Mandate. Georgien durchlebte 2007/08 innenpolitische Unruhen, Demonstrationen, Streiks und Zusammenstöße, wogegen der Ausnahmezustand verhängt wurde. Georgien beansprucht staatliche Hoheit über Abchasien (Sochumi), Adsharien (Batumi) und Südossetien (Zchinwali), die unter russischer Kontrolle stehen. Versuche, die innenpolitische Krise -

gestützt auf westliche Hilfe - durch eine Militäroperation gegen Südossetien zu kompensieren, scheiterten am militärischen Eingreifen Russlands.

Als Fazit wäre zu konstatieren: Das Ringen um weltpolitischen Einfluss und Herrschaft hat sich zunehmend von Europa nach Asien verlagert, wobei die hauptsächlichen Kontrahenten China, die USA und Russland darstellen. Deshalb die politische Auseinandersetzung um die innere Verfasstheit Chinas (Tibetfrage), um politischen und wirtschaftlichen Zugriff auf die mittelasiatischen und kaukasischen Staaten, schließlich um die politisch-administrative und religiöse Struktur der Russischen Föderation, die über die Einheit des europäischen und asiatischen Teils Russlands entlang der Wolga entscheidet. Denkbar wäre ein islamischer Riegel vom Kaukasus entlang der Wolga über Tatarstan (Kazan) bis zum Ural, der Russland in zwei Teile zerschneidet, Sibirien vom europäischen Russland trennt und den sibirischen Osten/Fernosten dem chinesischen Einfluss ausliefert. Schon jetzt stellen das GUAM-Bündnis (1997: Georgien, Ukraine, Moldawien, Aserbaidshan) bzw. die GUUAM-Gruppierung (1999: Obige plus Usbekistan) im weiteren Umfeld der Kaukasus-Region eine latente Gefahr für Russland dar.

Nach Peter Scholl-Latour hat Wladimir Putin diese strategischen Fragen, die ein energisches Eingreifen Russlands an seiner Südgrenze verlangen, wie folgt beschrieben: "Wenn extremistische Kräfte sich im Kaukasus durchsetzen, könnte diese Infizierung sich entlang der Wolga nach Norden ausbreiten und auf andere autonome Republiken überspringen. Am Ende würden wir die weitgehende Islamisierung Russlands erleben oder hinnehmen müssen, dass die Einheit Russlands in mehrere unabhängige Staaten zerfällt."⁶ Ob freilich der zaristische Doppeladler als Symbol der russischen Einheit tauglich ist, erscheint recht fragwürdig. Der belorussische Präsident Lukaschenko hat seinerseits konstatiert: "Die Auflösung der Sowjetunion war die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Es handelt sich dabei um eine Katastrophe, deren Folgen nicht nur uns berühren, sondern - wie ich fürchte - auch unsere Kinder und Enkel."⁷

IV. Fazit: Geopolitische Gefahren

Der USA-Imperialismus wie die westlichen EU-Mächte möchten das kapitalistische Russland nicht nur als Konkurrenten und internationalen Global-Player ausschalten, sondern dessen geostrategische Rolle in Eurasien antreten und seine ökonomischen und Rohstoffressourcen übernehmen. Auch wenn man über die Politik einer imperialen Großmacht Russland keine Illusionen hegen sollte, begrenzt ihre Existenz doch die expansiven Möglichkeiten der aggressiven NATO und aller imperialistischen Großmächte, so der USA und auch der EU. Für Russland/Russische Föderation ergeben sich einige geopolitische Gefahren:

1. Die globalen Kämpfe um Einfluss und Herrschaft in Mittelasien werden um Erdöl und Erdgas entlang der Trasse vom Kaspischen Meer nach Russland und Europa geführt:
 - a) Sicherung des Transits von Kasachstan durch die Ukraine und Russland nach Europa via Petersburg und Ostsee bis Deutschland.
 - b) Kontrolle der Leitungen von Baku - Aserbaidshan - Georgien (Tiblissi) - Batumi - Türkei (Ceyhan) - Schwarzes Meer - nach Europa.
 - c) Kontrolle der Trasse von Kasachstan (Astrachan) - Russland - Krasnodar - Noworossisk (Schwarzes Meer) nach Europa;
2. die offene Wunde des Kaukasus, teils Mittelasien mit dem stets präsenten Einfluss des Islam und dem variablen Einfluss der USA;
3. die Ausbreitung des Islam vom Kaukasus über die mittlere Wolga und Mittelasien bis zum Ural (islamisch-asiatischer Riegel von 20 Millionen Muslimen; Kasachstan so groß wie Westeuropa, aber nur 20 Millionen Menschen);
4. die neue Regionalisierung des Landes auf politisch veränderter Basis, auf ethnisch-religiöse Grundlage: Revitalisierung der Religion und religiöse Spaltung nach vorheriger Herrschaft der monistischen marxistisch-leninistischen Ideologie;
5. die menschenarme Fernostregion mit wachsendem Einfluss Chinas: Magadan, Irkutsk, Wladiwostok, Chabarowsk (Handelssiedlungen, Rohstoffbasen);
6. chinesische Dominanz in der Sibirischen Abteilung der Russischen Akademie der Wissenschaften in Nowosibirsk; die Chinesen stellen 80 % des dortigen Budgets; 2005 weilten 400 chinesische Professoren in der "Akademgorodok"⁸;

7. die Belastung der Republik Belarus zwischen römisch-katholischer (im Westen) und russisch-orthodoxer Tradition (im Osten); Gleiches gilt für die sozialkulturelle und religiöse Differenzierung zwischen der Westukraine (katholisch-polnischer Einfluss) und der Ostukraine (russisch-orthodoxe Dominanz);

8. die Sicherung der Rolle Russlands in Abchasien und (Süd-)Ossetien gegen den Versuch Georgiens, dort geopolitische Herrschaft auszuüben und die dortigen Erdölleitungen zu kontrollieren; deshalb energische russische Militärreaktion zur Sicherung der Unabhängigkeit beider Kaukasusregionen gegen den georgischen Interventionsversuch Ende 2009, was USA und NATO hinnehmen mussten. Motto: bis hierher - und nicht weiter!

Anmerkungen

- 1 Vortrag auf der Konferenz "1989: Ereignisse. Hintergründe. Folgen" am 31. Oktober 2009 in Berlin (Vgl. Geschichtskorrespondenz, Nr. 1/16. Jg., Januar 2010).
- 2 Im 16./17. Jahrhundert wurde Sibirien erobert; im 18./19. Jahrhundert kamen Kasachen, Kirgisen, Usbeken und Turkmenen zu Russland; erst im Frieden von Brest-Litowsk (3. 3. 1918) gingen zeitweilig das Baltikum und Ostpolen verloren (bis 1939/40). Im Ergebnis des zweiten Weltkrieges gegen den faschistischen Aggressor holte sich die UdSSR ihre verlorenen Westgebiete entlang der sogenannten Curzon-Linie, das Baltikum, die Karpato-Ukraine sowie Moldawien zwischen Dnjestr und Prut zurück und gewann das nördliche Ostpreußen (Kaliningrad/Königsberg). Mit der Auflösung der UdSSR Ende 1991 ging ein Großteil der 1939/45 wiedererlangten Gebiete erneut verloren; Belarus und die Ukraine verselbständigten sich, während namentlich die Kaukasusregion wie die mittelasiatischen Republiken ihre staatliche Unabhängigkeit erlangten, wobei sie ihre realen politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten wohl überschätzten.
- 3 Vgl. Sarkis Latchinian: Die Welt heute - aus der Sicht Russlands. In: Osteuropa in Tradition und Wandel, Leipziger Jahrbücher, Hrsg. von Ernstgert Kalbe u.a. im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Bd. 11, Leipzig 2009, S. 13 - 45.
- 4 Vgl. Manfred Schünemann: Europäische Orientierung und traditionelle Bindung. Zur Außenpolitik der Ukraine. In: Osteuropa in Tradition und Wandel, Bd. 11, S. 47 - 78.
- 5 Vgl. Wolfgang Grabowski: Der Kaukasus - Paradies und Zankapfel. In: Osteuropa in Tradition und Wandel, Bd. 11, S. 79 - 95.
- 6 Peter Scholl-Latour: Russland im Zangengriff. Putins Imperium zwischen Nato, China und Islam, Berlin 2006, S. 196.
- 7 Ebenda, S. 75.
- 8 Vgl. ebenda, S. 296.

Vorankündigung

In Berlin findet am

Sonnabend, dem 4. September 2010

eine **Konferenz** zum Thema

Bündnispolitik in der DDR. Erfolge und Defizite

statt. Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Mitte, *Club Spittelkolonnaden*, Leipziger Str. 47 (Eingang Jerusalemer Str.)

Die Einladung mit dem Tagungsprogramm der Konferenz veröffentlichen wir in der nächsten Nummer der *Geschichtskorrespondenz* im Juli 2010.

Einladung

In Berlin findet am

Sonnabend, dem 26. Juni 2010

eine **Konferenz** zum Thema

1935:

Zäsur in der Geschichte der kommunistischen Bewegung

statt. Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Mitte, Club Spittelkolonnaden, Leipziger Straße 47 (Eingang Jerusalemer Str.)
(U-Bahnhof Spittelmarkt oder Hausvogteiplatz - U 2)

Vorträge:

Dr. sc. Robert Steigerwald (Eschborn)

Volksfront gegen Faschismus! Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale

Dr. Stefan Weber (Berlin)

Die "Brüsseler Konferenz" der KPD

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung, für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574